

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
28 (1914)**

103 (5.5.1914)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-576968](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-576968)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Redaktion und Haupt-Expedition Rüstingen, Peterstraße Nr. 76. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Muenstraße Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Postgebühren 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf. einschließlich Postgebühren.

Mit Unterhaltungs-Beilage und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Inseraten wird die sechsgepalte Zeile oder deren Raum für die Anzeigen in Rüstingen-Briefkasten und Umgegend, sowie der Filiale mit 15 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Anzeigen 20 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unveränderlich. Restameise 50 Pf.

28. Jahrgang.

Rüstingen, Dienstag den 5. Mai 1914.

Nr. 105.

Vom Tage.

Unser Reichstagsbericht gibt heute neben der Sonnenabendverhandlung auch die bereits anzugsweise gebrachten Verhandlungen am 1. Mai wieder.

Der Wehrbeitrag soll insgesamt 1200 Millionen Mark ergeben, der Reichstag hatte nur mit 1000 Millionen gerechnet.

Die Unruhen in Portugiesisch-Kongo sind infolge neuer Steuererhebungen ausgebrochen.

Unter den in Mexiko Erschossenen soll sich auch eine deutsche Frau befinden.

Die Herrenrat von München.

Die bayerische Kammer der Reichsräte hat am 30. April die von der Abgeordnetenversammlung genehmigte Regierungsvorlage zur Unterstützung der kommunalen Arbeitslosenversicherung mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Neben der Regierung für die Vorlage treten neben dem berühmten Würzburger Nationalökonom Prof. von Schanz auch der Erzbischof von Bamberg und der Oberkonsistorialpräsident Bezzel ein. Die Führung der Opposition lag aber in den Händen folgender Herren: Graf Graßlshausen, Ministerpräsident a. D., Freiherr v. Cramer-Klett, Freiherr v. Würzburg, Graf Freyhing, und — Fürst zu Löwenstein-Wertheim, Mitglied der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages und Präsident des deutschen Katholikentages!

Gegen den Zentrums-Ministerpräsidenten, gegen den Erzbischof von Bamberg stimmten die Führer des katholischen Sozialismus eine sozialpolitische Vorlage der Regierung nieder. Man mißte diese Tatsache in ganz Deutschland und überall in der Welt, wo der Merkantilismus herrscht, an alle Wände schreiben. Die geborenen Führer des christlichen Volkes, die selbst im Lebensflusse schwelgen, verweigern den Gemeinden die kaiserliche Staatsunterstützung von 75 000 Mark jährlich, die der Förderung eines sozialpolitisch bedeutsamen und menschenfreundlichen Werkes dienen soll.

Sie wollen der katholischen Arbeiterbevölkerung Bayerns, die durch unerschuldete Arbeitslosigkeit ins Elend gerät, nicht den Anspruch auf eine kleine kaiserliche Unterstützung gönnen. So handeln Christen an Christen. So handeln die berufenen Erbkämpfer des blauweißen Nationalismus an den Söhnen des eigenen Volkes.

Man hätte die Anerkennung und Förderung der kommunalen Arbeitslosigkeit durch den Staat — wäre sie nur nicht in so schwächlicher und überbordlicher Form erfolgt — eine bayerische Pflicht nennen können. Aber trotz der Verschwiegenheit der angeforderten Summe durfte man immer noch von einem sozialpolitischen Verdienst der bayerischen

Regierung sprechen, von einem sozialpolitischen Verdienst auch des Königs von Bayern, der durch ein Handschreiben an den Ministerpräsidenten die Frage der staatlichen Arbeitslosenversicherung in Glück hätte bringen helfen.

Die Hand der bayerischen Reichsräte reißt rücksichtslos dem König dieses Blatt aus dem Kränze seiner Verdienste. Der Arbeiterhaß und die fanatische Mißgünstigkeit der Gesinnung sind viel stärker als die phrasenhafte zur Schau getragene Ehrfurcht vor dem Träger der Krone. Derselben Reute, die von dem Führertum einer starken Monarchie in Nebenarten schwärmen, verjagen der monarchischen Führung in dem Augenblick die Gefolgschaft, in dem sie nach der Richtung des sozialpolitischen Fortschritts weift.

Die christlich-nationalen Arbeiterführer werfen der Sozialdemokratie vor, daß sie den Klassenkampf predige. Vielleicht sehen die Denkenden unter ihren Anhängern jetzt ein, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Lehre kein Willensspiel propagiert, sondern nur eine Tatsache feststellt. Der Klassenkampf herrscht, ob es die sozialdemokratischen und die christlichen Arbeiter wollen oder nicht. Und die glücklichen Früchte des Klassenkampfes reifen nicht im Stande der Niedriggeborenen, sondern am Stamme der Edlen und Erlauchten.

Nicht weil die bayerischen Reichsräte Katholiken und Zentrumsanhänger sind, sondern obgleich sie es sind, haben sie mit der Ablehnung der Regierungsvorlage die stärkste Tat arbeiterfeindlichen Klassenkampfes begangen. Daß es im Zentrum Werte gegeben hat und noch gibt, die auch den Vornehmten und Maßgebenden ihrer Partei eine Spur sozialpolitischen Verständnisses beibringen möchten, ist durchaus nicht zu bestreiten. Aber wie weit sind sie mit ihren Versuchen gekommen? Die theoretische Grundlage aller christlich-nationalen Arbeiterbeiträge hat durch die Herrenrat von München vollkommenen Schiffbruch gelitten, und es liegt sich wie ungenannte Selbstmorde, wenn das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“ eben jetzt in einem Mai-Artikel schreibt: „Tatsachen haben in der Welt denn doch noch eine größere Bedeutung als Prosaen und leere Deklamationen.“ Ja, alle christlich-nationalen Deklamationen verhallen an der brutalen Tatsache des Reichsratsbeschlusses vom 30. April!

Stärker als das einigende Band der Religion wie der Stammesgemeinschaft erweist sich in Bayern wie in ganz Deutschland und in der ganzen Welt der Gegensatz der Klassen. Überall wird der infame Beschluß der bayerischen Reichsräte helle Empörung wecken, er wird den unvermeidlichen Kampf verschärfen und beschleunigen, den das Volk gegen das Herrenrecht der Geborenen führt.

Politische Rundschau.

Rüstingen, 4. Mai.

Kultusfragen im preussischen Landtag. Das preussische Abgeordnetenhaus hat in einer Dauer Sitzung am Freitag und in einer beinahe ebenso langen Sitzung am Sonnabend

das Kapitel Universtitäten vom Kultusrat erledigt. In der Generaldebatte gab Genosse Siebnecht eine kurze, aber treffende Charakteristik der Art und Weise, wie die preussischen Universtitäten in den Dienst der Unternehmensinteressen gestellt werden. In der Spezialdebatte brachte zunächst Genosse Braun das Verhalten der Direktoren der Universtitätskassen in Königsberg anlässlich des letzten Verzehrtreffs zur Sprache. Er schilderte, wie die Verzte, nachdem es in Königsberg zu keiner Einigung zwischen Verzten und Krankenkassen kam, kurzgehand ihre Tätigkeit für die Kassen eingestellt und auch die Direktoren der Universtitätskassen veranlaßt hätten, das gleiche zu tun. Die ambulante Behandlung in den Kliniken wurde den Kassenmitgliedern entzogen und die Regierung hat sich nicht entblödet, zugunsten der Verzte Stellung zu nehmen. Der Mißbrauch der Universtitätsanstaltungen fand einen warmen Verteidiger in dem fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Muggan, der den Streik der Verzte mit dem Streik von Transportarbeitern auf eine Stufe stellte und das Verhalten der Regierung billigte. Der sonderbare Vertreter des Fortschritts wurde von unserem Genossen Hubert treffend abgelehnt. Genosse Gaentjich brachte sodann noch die Art und Weise vor, wie Studenten der Universtität Greifswald wegen ihrer Propaganda für die Antikathedralebewegung gemeldet worden sind. — Einige Reihe von Anträgen auf Errichtung von Lehrstühlen für osteuropäische und balkanische Geschichte und betreffend Förderung der Sammlung der Quellen der Religionsgeschichte durch die Göttinger Gesellschaft der Wissenschaften wurden der Unterrichtscommission überwiesen. In vorgerückter Stunde begann noch die Beratung des Kapitals Höhere Lehranstalten, die heute (Montag) fortgesetzt wird.

Ein liberales Seldentück. Allgemeines Aufsehen erregt die Kündigung des ersten Direktors der Berliner Handelsschule, Professor Dr. F. Jastrow, hauptamtlicher Dozent der Staatswissenschaften. Er erhielt ohne jede Vorbereitung ein durch den Gerichtsvollzieher ausgefertigtes Schriftstück, in dem ihm die Eigentümern und Verwalter der Handelsschule, das sind die Auktoren der Kaufmannschaft von Berlin, seine Stellung ohne Begründung zum 1. Oktober d. J. kündigten. Angeblich erfolgte die Kündigung, um eine Umänderung der Anstellungsbedingungen herbeiführen zu können. Und da Jastrow während der Osterferien auf Reisen war, ohne seine nähere Adresse hinterlassen zu haben, so fiel der Weg zu Jastrow über das Amtsgericht gewählt worden. Seine Entlassung sei nicht bezweckt. Das stimmt aber nicht überein mit der Meldung, daß Jastrow eine Abfindung in Höhe des doppelten Jahresgehalts, also von 42 000 Mark, erhalten soll, wenn er die Kündigung annimmt. Zwischen Jastrow sollen übrigens schon seit längerem Unstimmigkeiten bestehen. Die Auktoren der Berliner Kaufmannschaft, an deren Spitze der Reichstagspräsident Dr. Kaempf steht, teilen mit, daß der 1909 geschlossene letzte Vertrag zum 1. Oktober abläuft, und daß mit der Kündigung

Feuilleton.

Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm.

Nachdruck verboten.

Erst als die Finsternis alles bedeckte, schritt er steifen, langsamen Schrittes heimwärts. Aber hinter ihm drein kam es wie Flügeltrauschen und hallendes Geschrei. Er sah nicht um; aber er ging auch nicht schneller und ging erst spät nach Hause; doch niemals soll er seinem Vater oder einem andern davon erzählt haben. Erst viele Jahre später hat er sein blödes Mädchen, womit später der Herrgott ihn belästete, um dieselbe Tages- und Jahreszeit mit sich auf den Deich hinausgenommen, und daselbe Wesen soll sich derzeit draußen auf den Watten gezeigt haben; aber er hat ihr gesagt, sie solle sich nicht fürchten, das seien nur die Fischreiter und die Krähen, die im Nebel so groß und furchterlich erschienen; die hielten sich die Fische aus den offenen Espalten.

„Weiß Gott, Herr!“ unterbrach sich der Schulmeister: „es gibt auf Erden allerlei Dinge, die ein ehrlich Christenherz verwirren können; aber der Haufe war weder ein Narr noch ein Dummkopf.“

Da ihm nichts erwiderte, wollte er fortfahren; aber unter den übrigen Gästen, die bisher lautlos zugehört hatten, nur mit düsterem Labesqualm das niedrige Zimmer füllend, entstand eine plötzliche Bewegung; erst einzelne, dann fast alle wandten sich dem Fenster zu. Draußen — man sah es

durch die untergehenden Fenster — trieb der Sturm die Wolken, und Licht und Dunkel jagten durcheinander; und auch mir war es, als hätte ich den hageren Reiter auf seinem Schimmel vorbeiziehenden gesehen.

„Wart Er ein wenig, Schulmeister!“ sagte der Deichgraf Leje.

„Ihr braucht Euch nicht zu fürchten, Deichgraf!“ erwiderte der kleine Erzähler, „ich habe ihn nicht geschmäht, und hab auch dessen keine Ursache;“ und er sah mit seinen kleinen, klugen Augen zu ihm auf.

„Ja, ja,“ meinte der andre, „laß Er sein Glas nur wieder füllen.“ Und nachdem das geschehen war, und die Zuhörer, meist mit etwas verduhten Gesichtern, sich wieder zu ihm gewandt hatten, fuhr er in seiner Geschichte fort:

„So für sich, und am liebsten nur mit Wind und Wasser und mit den Bildern der Einfaßtheit verkehrend, wuchs Haufe zu einem langen, hageren Durchein auf. Er war schon über ein Jahr lang eingekesselt, da wurde es auf einmal anders mit ihm, und das kam von dem alten weißen Angorakater, den der alte Trien Jans einst ihr später verunglückter Sohn von seiner spanischen Seereise mitgebracht hatte. Trien wohnte ein gut Stück hinaus auf dem Deiche in einer kleinen Kute, und wenn die Alte in ihrem Hause herumarbeitete, so pflegte diese Uniform von einem Kater vor der Haustür zu sitzen und in den Sommertag und noch den vorüberfliegenden Krebissen hinauszufliegen. Ging Haufe vorbei, so mochte der Kater ihn an, und Haufe nickte ihm zu; die beiden wußten, was sie miteinander hatten.“

Nun aber war's einmal im Frühjahr, und Haufe lag nach seiner Gewohnheit oft draußen am Deich, schon weiter unten dem Wasser zu, zwischen Strandnellen und dem

dunstenden Seemertum, und ließ sich von der schon kräftigen Sonne bestrahlen. Er hatte sich tags zuvor droben auf der Geest die Taschen voll von Rieseln gekammelt, und als in der Ebbe die Watten flüßig waren, und die kleinen grauen Strandläufer fähernd darüber hinhuschten, holte er fählig einen Stein hervor und warf ihn nach den Wögeln. Er hatte das von Kindesbeinen an geübt, und meistens blieb einer auf dem Schilde liegen; aber ebenso oft war er dort auch nicht zu holen. Haufe hatte schon daran gedacht, den Kater mitzunehmen und als opportierenen Jagdhund zu dressieren. Aber es gab auch hier und dort feste Stellen oder Sandlager; solchenfalls lief er hinaus und holte sich seine Beute selbst. Soß der Kater bei seiner Nüchternheit noch vor der Haustür, dann schrie das Tier vor nicht zu bergender Raubgier so lang, bis Haufe ihm einen der erbeuteten Vögel zuwarf.

Als er heute, seine Jacke auf der Schulter, heimging, trug er nur einen ihm noch unbekanntem, aber wie mit bunter Seide und Metall geschmückten Vogel mit nach Hause, und der Kater mochte nie gedächtnis, als er ihn kommen sah. Aber Haufe wollte seine Beute — es mag ein Eisvogel gewesen sein — diesmal nicht vergeben und kehrte sich nicht an die Gier des Tieres. „Umständlich!“ rief er ihm zu, „heute mir, morgen dir; das hier ist kein Kateressen!“ Aber der Kater war vorfichtigen Schrittes herangekommen; Haufe hand und sah ihn an, der Vogel hing an seiner Hand, und der Kater blieb mit erhobener Nase stehen. Doch der Durche ichten seinen Katzenfreund noch nicht so ganz zu kennen; denn während er ihm seinen Rücken zugewandt hatte und eben fürbaß wollte, fühlte er mit einem Ruck die Jagdbeute sich entziehen, und zugleich schlug eine schwarze,

bedinglich neue Verhandlungen bezweckt werden sollten. Professor Kaitrow hat infolge des Kündigungsbeschlusses seinen Rücktritt von Lehramt erklärt.

In den Berliner Blättern wird die Kündigung Kaitrows mit sehr gemäßigten Gefühlen aufgenommen. So schreibt die „Berliner Zeitung am Mittwoch“: „Unden zu ernten scheint das Schicksal Professor Kaitrows zu sein. Vor Jahren wurde die von ihm geschaffene Form der Arbeitsmarktstatistik unter Ausföhrung seiner Person von den Reichsbehörden eskamotiert. Kaitrow ist in der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ eine wertvolle Zentralstelle für Arbeitsnachweise, als nicht zuletzt durch diese Hilfe der Verband der Arbeitsnachweise sich kräftig entwidet hatte, gründete er wieder unter Ausföhrung Kaitrows eine eigene Zeitschrift. Nun kommt der Fall der Kündigen der Kaufmannschaft hinzu.“

Die Professoren der Berliner Handelshochschule erlassen einen Protest, in dem es heißt:

„Wenn gegen einen solchen Mann, der seine besten Jahre dieser Schöpfung gewidmet hat, ohne jede Veranlassung in so schroffer Weise vorgegangen werden kann, so tritt damit ein im deutschen akademischen Leben unerhörtes Mißstand gutage. Zum Weien einer beachtlichen Hochschule gebot die Lehrfreiheit seiner Dozenten. Diese ist aber in kein Gebot, wenn ein Professor auf Kündigung ange stellt ist.“

Energischer geht die Studentenschaft der Handelshochschule vor, die einfach einen Protest beschloffen hat. Zu der gestern abend von einer Meistenversammlung beschlossenen Entschliesung heißt es:

„Die Studentenschaft der Handelshochschule protestiert energisch gegen das Verhalten der Kellerei der Kaufmannschaft gegenüber ihrem hochverdienten und hochverehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Kaitrow. Durch die von finanziellen Gesichtspunkten geleitete Benutzung eines formalen Weisus ist die Lehrfreiheit und dadurch der akademische Charakter unserer Hochschule in Frage gestellt. Bei aller Anerkennung und Dankbarkeit, die die Repatriation der Kaufmannschaft von Berlin für die Gründung und Erhaltung der Hochschule schuldet, muß die Studentenschaft doch die Bemühung für fordern, daß jede Möglichkeit einer weiteren Gefährdung akademischer Lehrfreiheit ausgeschlossen wird. Da uns nicht, wie den Studenten händlerischer Hochschulen, die Mittel der Beschwerde, Parlamentserörterungen usw. zu Gebote stehen, um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen, stellt die Studentenschaft von Montag den 4. Mai an den Versuch aller Vorlesungen und Vorlesungen ein.“

Das Vorgehen der Studentenschaft verdient alle Anerkennung. Soffentlich werden die Herren Handelskandidaten auch später als Handelsangestellte oder Handelsherren die Waffe des Streiks gebührend zu würdigen wissen.

Zur Raufe des Sonntag haben mehrfache Verhandlungen stattgefunden. Präsident Dr. Kaempf hat eine Abordnung der Studierenden empfangen und dabei berichtet, daß er im Kollegium der Kellerei der Kaufmannschaft für die Wünsche der Dozenten eintreten werde. Die Studierenden werden am heutigen Montag den Vorlesungen fernbleiben; man rechnet damit, daß die Angelegenheit morgen beigelegt wird.

Der Entwurf eines Kennzeichengesetzes. Dem Reichstagsrat ist der Entwurf eines Kennzeichengesetzes zugegangen, der die Konzeptionierung der Buchmacher verlangt. Nicht konzeptionierte Buchmacher werden in dem Entwurf mit einer Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren bedroht. Daneben kann auf Geldstrafe von 300 bis 6000 Mark, sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Auch die Personen, die bei nichtkonzeptionierten Buchmachern weilen oder den Antrag zum Abschluß einer Wette stellen, sollen mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft werden. Die konzeptionierten Buchmacher sollen von jeder bei ihnen abgeschlossenen Wette sechs Prozent des Wetteinsatzes an das Reich entrichten, außerdem sollen acht Prozent der Gewinne als Abgabe an das Reich fließen.

1200 Millionen Wehrbeitrag. Die „Berl. Politischen Nachrichten“ teilen anheimelnd offiziell mit, daß sich die Ertragnisse des Wehrbeitrags erst im Spätkommer endgültig feststellen lassen würden:

„Zunächst lassen die aus einer Reihe von Großstädten und Landkreisen bisher bekannt gewordenen Ziffern der vorläufigen Wehrbeitragsentnahme einen einigermaßen zuverlässigen Schluß wenigstens insoweit zu, als mit einem Ueberfluß in Höhe von mindestens 200 Millionen Mark über die ursprüngliche Vertragszusage von 1000 Millionen Mark hinausgerechnet werden darf, wobei auch ein Ueberschuß von 5 bis 6 für

nicht eingehende oder zurückzuzahlende Beträge in Anschlag gebracht ist. Auf Grund dieser Annahme, zu der sich die Reichsfinanzverwaltung bekennt, würden sich für die Gestaltung der Finanzlage des Reiches während der Geltungsdauer des Wehrbeitragsgesetzes günstige Aussichten eröffnen. Von der Höhe des Beitrages, um den die für den Bedarfsbedarf des Wehrbeitrags erforderliche Summe schließlich überschritten wird, wird es natürlich abhängen, ob und in welchem Maße eine Kürzung der letzten Rate des Wehrbeitrags platzgreifen kann.“

Man wird schon dafür sorgen, daß auch der Ueberfluß von 200 Millionen Mark durch „Ueberföhrungen“ des Voranschlags aufgebracht werden — wenn nicht etwa mittlerweile eine neue Militärvorlage kommt, die den Ueberfluß aufzueht.

Ein konservativ-nationalliberaler Gewaltstreik im sächsischen Landtage! In der Zweiten Kammer wird jetzt in der Erledigung des noch vorliegenden Kessels ein wahres Heftempo eingeschlagen. Endlose Tagesordnungen und ermüdende Sitzungen des Plenums sollen die Redelust lähmen, so daß mehr eine formelle, als eine sachliche Arbeit geleistet werden kann. Am Donnerstag hatte die Sitzung um 12 Uhr mittags begonnen. Die wichtigsten Punkte: Ministerium des Innern und Kreis- und Amtshauptmannschaften waren ausgerechnet an den Schluß der langen Tagesordnung gesetzt worden. Man weiß, daß zu diesen Kapiteln besonders unsere Genossen viel zu sagen haben; sie sind mit die wichtigsten des Etats. Als abends 8 1/2 Uhr von jeder Fraktion ein Redner, der Minister aber allein dreimal dazu geladen hatte, kam plötzlich ein Stillsitzentrag, der auffällig rasch vom Präsidenten erledigt und von den Konservativen und Nationalliberalen angenommen wurde. Der Gewaltstreik wird indessen die gewünschte Wirkung nicht haben. Denn bereits am anderen Vormittag hat die sozialdemokratische Fraktion drei Interpellationen eingeleitet, die sich auf die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes, den Bauarbeiterstreik und die Unfallversicherung im Allgemeinen beziehen. Auf diese Weise ist die Möglichkeit gegeben, das trostlos noch zu sagen, was infolge Wundtmoderation unserer Fraktion zum Etat nicht gesagt werden konnte. Unsere Genossen werden seiner Vorfrage treffen, um weiteren derartigen Ueberempfindungen vorzubeugen, oder mit Gegenmaßnahmen zu antworten. In der Sitzung am Donnerstag blieb ihnen vorläufig nichts weiter übrig, als laut und energig gegen dieses Verfahren der Rechten und Nationalliberalen zu protestieren.

Eine neue Liebesgabe für die Agrarier. Im Militäretat werden 264 000 Mark zur Deckung einmaliger und 481 000 Mark zur Deckung laufender Ausgaben zur Verbesserung der Beleuchtung in den Mannschafsstuben durch Vermehrung der Petroleumlampen gefordert. Während jetzt auf 10 Mann eine Lampe kommt, sollen künftig bereits je vier Mann eine Lampe erhalten. Die agrarische Spirituszentrale benutzt nun diese Gelegenheit, um durch den General J. D. v. Dittfurth in der „Deutschen Tageszeitung“ den Betreibern dafür antreten zu lassen, daß für die Beleuchtung der Mannschafsstuben künftig nur Spiritus in Betracht kommen könne. Die Spirituszentrale hat enorme Vorräte von Spiritus liegen, sie muß alle möglichen Mittel anwenden, um ein weiteres Steigen der vorhandenen Ueberproduktion zu verhindern, und nun glaubt sie, nicht allein ihre Vorräte loswerden, sondern auch eine Steigerung der Produktion herbeiführen zu können, wenn der Militärfiskus als Käufer gewaltiger Spiritusmengen auftritt. Der Spiritusüberverständige General hebt hervor, daß Gas für die Beleuchtungszwecke in den Mannschafsstuben wegen der großen Gefährlichkeit nicht in Frage kommen könne. Auch an Petroleum hat er mancherlei auszusagen, weil es mit der Zeit „durchschwitzt“ und dann häßliche Flecken verursacht. Auf die sehr nahegelegene Frage, die Kaserne elektrisch zu beleuchten, geht der General auch ein und diese Beleuchtung lehnt er deshalb ab, weil unter Umständen mit einem Streik gerechnet werden könne, wodurch das Militär mangels des nötigen Lichts in seiner Wirksamkeit gehemmt würde. Dann bringt er ein großes Lobwort auf den Spiritus als Beleuchtungsmittel und setzt in eingehenden Darlegungen auseinander, daß ein besseres Brennmaterial für Lampen überhaupt nicht zu denken sei. Seine Mahnung an den Reichstag, er möge den Antrag in keinem Widerfall finden; denn bisher hat sich gezeigt, daß der Spiritus als Beleuchtungsmittel zu teuer ist, ganz abgesehen davon, daß auch

die Explosionsgefahr eine erheblich größere als bei anderen Brennstoffen ist. Der Reichstag und die Heeresverwaltung dürfen sich auch dadurch nicht einsperren lassen, daß der General die Versicherung abgibt, die Spirituszentrale werde der Heeresverwaltung mit ihren reichen Erfahrungen an die Hand gehen. Wir würden es für ganz selbstverständlich halten, wenn man in den Mannschafsstuben, die in der Tat ganz miserabel beleuchtet sind, das elektrische Licht einführen würde, das sicher nicht teurer kommt als die so warm empfohene Spiritus-Beleuchtung. Werden die Kaserne erst einmal auf Spiritus-Beleuchtung eingerichtet, dann werden es schmapsbrennenden Agrarier meistlich verreiben, um der Not der Landwirtschaft abzuwehren, den Preis für Spiritus entsprechend in die Höhe zu treiben.

Frankreich.

Sabotage. Wie aus Loulon gemeldet wird, verurteilte das Seetriegegericht den Matrosen Desmouins des Torpedobootes Dard, welcher Schmitzpulver in die Maschinen des Torpedobootes geschüttet hatte, zu 2 Jahren Zuchthaus.

Portugal.

Zum Anzooausstand. Die Unruhen, über die wir bereits berichteten, sind nach einer Meldung aus Bissabon infolge von Steuererhöhungen ausgebrochen. Katonisch gibt jetzt die portugiesische Regierung bekannt: „Truppen schlugen und verfolgten die Rebellen; die Ruhe ist zum Teil bereits wieder hergestellt.“

Allo man oftrotzt den Wilden immer mehr Abgaben, und wenn ihnen diese Ausladung nicht paßt, behandelt man sie als Rebellen und schießt sie nieder.

Amerika.

Polizeibeamte gegen Arbeiter. Gestern abend kam es bei einer sozialistischen Versammlung auf dem Unionplatz zu Zusammenstößen. Mitglieder der Gewerkschaft der Industriearbeiter demonstrieren auf dem Platz. Zahlreiche Polizeibeamte gingen mit ihren Knütteln gegen sie vor; es entstand unter der versammelten Menge, die aus 10 000 Männern, Frauen und Kindern bestand, eine Panik, wobei ungefähr 12 Personen verletzt wurden.

Mexiko.

Waffenstillstand. Nach einem Telegramm aus der Stadt Mexiko hat die mexikanische Regierung die Einstellung der Feindseligkeiten während der Vermittlung geboten. Von den Vertretern der Vereinigten Staaten, der Bundesarmy und der Rebellen sei bereits das dreifache Abkommen über den Waffenstillstand unterzeichnet worden. Danach würde also in Mexiko der Waffenstillstand zwischen allen Parteien zur Tatsache geworden sein, während ein früheres Telegramm nur von der Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und den Truppen Huertas zu malen wußte. Diesen Nachrichten widerprechen aber andere. Danach hätte Huerta seinen Ministern des Neuhens, Rojas, entlassen, weil dieser den Vorstoß gemacht hätte, eine Kommission zu Friedensunterhandlungen nach Washington zu senden. Und ebenotwendig ist mit dem Waffenstillstands-Meldungen zu vereinbaren, daß die Kämpfe um Tampico mit ungeminderter Heftigkeit fortbauern. Ja der „New York Herald“ bringt bereits die Meldung, daß die Stadt Tampico schon am Freitag in die Hände der Rebellen gefallen sei, die unter dem Oberbefehl des Generals Carranza standen. Die Streitkräfte Huertas hätten eine definitive Niederlage erlitten. Würde sich diese Tatsache bewahrheiten, so würde sie freilich Huerta zu Nachgiebigkeit drängen.

Beracruz, 2. Mai. Amerikanische Vorposten wurden bei Matamoras neun Meilen von hier, von Mexikanern angegriffen, die die Abficht hatten, die Wasserzufuhr abzuschneiden. Die Amerikaner verlangten drachlos Verstärkungen. Gilstruppen sind bereits mit der Eisenbahn abgeschickt worden.

New York, 2. Mai. In Veracruz eingetroffene Flüchtlinge berichten, daß am 27. April in der Stadt Mexiko auf offener Straße Frau Clara Bedmeyer vom mexikanischen Uebel niedergeschossen worden sei. Frau Bedmeyer ist eine Deutsche, wurde aber anfangs für eine Amerikanerin gehalten. Eine Befätigung dieser Nachricht ist nicht zu erhalten.

Kralle ihm ins Fleisch. Ein Grimm, wie gleichfalls eines Raubtieres, flog den jungen Menschen ins Blut; er griff wie riend um sich und hatte den Räuber schon am Genick gepackt. Mit der Faust hielt er das mächtige Tier empor und mißte es, daß die Augen ihm aus den rauhen Haaren vorquollen, nicht achend, daß die starken Hinterbacken ihm den Arm zerfleischten. „Soho!“ schrie er und packte ihn noch fester; „mollen sehen, wer's von uns beiden am längsten ans hält!“

Müßig fielen die Hinterbeine der großen Kralle schlaff herunter, und Hauke ging ein paar Schritte zurück und warf sie gegen die Kralle der Alten. Do sie sich nicht rührte, wandte er sich und feste seinen Weg nach Hauke fort.

Aber der Angorakater war das Kleinod seiner Herrin; er war ihr Gelelle und das einzige, was ihr Sohn, der Matrose, ihr nachgesehen, nachdem er hier an der Küste seinen jähen Tod gefunden hatte, da er im Sturm seiner Wirtin beim Vorankommen hatte helfen wollen. Hauke mochte kaum hundert Schritte weiter gefen haben, während er mit einem Tuch das Blut aus seinen Wunden auffing, als schon von der Kralle der ihm ein Geheul und Zetern in die Ohren gellte. Da wandte er sich und sah davor das alte Weiß am Boden liegen; das gerieße Haar flog ihm im Winde um das rote Kopfputz; „Tot!“ rief sie, „tot!“ und erhob dröhnend ihren mächtigen Arm gegen ihn: „Du sollst verflucht sein! Du hast ihn totgeschlagen, du nichtsnutziger Strandläufer; du warst nicht wert, ihm seinen Schwanz zu bürteln!“ Sie warf sich über das Tier und wischte zärtlich mit ihrer Schürze ihm das Blut fort, das noch aus Nase und Schnauze rann; dann hob sie aufs neue an zu zeteren.

„Bist du bald fertig?“ rief Hauke ihr zu, „dann laß dir

sagen: ich will dir einen Kater schießen, der mit Maus- und Rattenblut aufzrieden ist!“

Darauf ging er, scheinbar auf nichts mehr achtend, fürbisch. Aber die tote Kralle mußte ihm doch im Kopfe Wirrlich machen; denn er ging, als er zu den Häusen gekommen war, dem seines Vaters und auch den übrigen vorbei und eine weite Strecke noch nach Süden auf dem Reich der Stadt zu.

Unmittelbar wanderte auch Trian' Jans auf demselben in der gleichen Richtung; sie trug in einem alten blauverputzten Riffenübergang eine Last in ihren Armen, die sie sorgsam, als wär's ein Kind, umflunkerte; ihr graßes Haar flatterte in dem leichten Frühlingswind. „Was schleppt Sie da, Trian?“ fragte ein Bauer, der ihr entgegenkam. „Mehr als dein Haus und Hof“, erwiderte die Alte; dann ging sie eilig weiter. Als sie dem arden liegenden Hauke des alten Haken nahe kam, ging sie den Alf, wie man bei uns die Trift- und Fußwege nennt, die schräg an der Seite des Reiches hinab- oder hinauführen, zu den Säufen hinunter.

Der alte Tede Haien stand eben vor der Tür und sah in den Bekker: „Da, Trian!“ sagte er, als sie pudend vor ihm stand und ihren Knüttel in die Erde bohrte, „was bringt Sie Menes in Ihrem Saal?“

„Erst laßt mich in die Stube, Tede Haien! Dann soll Er's sehen!“ und ihre Augen sahen ihn mit seltsamem Funkelein an.

„So komm Sie!“ sagte der Alte. Was gingen ihn die Augen des dümmen Weibes an. Und als beide eingetreten waren, fuhr sie fort: „Bring Er den alten Tabakstiefen und das Schreibzeug von dem Tisch — Was hat Er denn immer zu schreiben? — — — So; und nun wisch Er ihn sauber ab!“

Und der Alte, der fast neugierig wurde, tat alles, was sie jagte; Jans nahm sie den blauen Ueberzug bei beiden Zipfeln und schüttelte daraus den großen Katerleim auf den Tisch. „Da hat Er ihn!“ rief sie, „Sein Hauke hat ihn totgeschlagen.“ Hierauf über begann sie ein bitteres Weinen; sie freischelte das dicke Fell des toten Tieres, legte ihm die Lagen zusammen, neigte ihre lange Nase über dessen Kopf und raunte ihm unverständliche Zärtlichkeiten in die Ohren.

Tede Haien sah dem zu. „So“, sagte er, „Hauke hat ihn totgeschlagen?“ Er wußte nicht, was er mit dem heulenden Weibe machen sollte.

Die Alte nickte ihn grimmig an: „Ja, ja; so Galt, das hat er getan!“ und sie wachte sich mit ihrer von Gicht verkrümmten Hand das Wasser aus den Augen. „Kein Kind, kein Lebigs mehr!“ sagte sie, „Und Er weiß es ja auch wohl, um Alten, wenn's noch Allerheiligen kommt, frieren abends im Bett die Weine, und fast zu schlafen, hören wir den Nordwest an unseren Fensterläden rappeln. Ich hör's nicht gern, Tede Haien, er kommt daher, wo mein Zunge mir im Schlaf verlan!“

Tede Haien nickte, und die Alte freischelte das Fell ihres toten Katers: „Der aber“, begann sie wieder, „wenn ich Winters an Spinnrad laß, dann sah er bei mir und spinn auch und sah mich an mit seinen grünen Augen! Und froh ich, wenn's mir kalt wurde, in mein Bett — es dauerte nicht lang, so sprang er zu mir und legte sich auf meine frierenden Weine, und wir schiefen so warm mitammen, als hätte ich noch meinen jungen Eckel im Bett!“ Die Alte, als würde sie bei dieser Erinnerung nach Zustimmung, die den neben ihr am Tische stehenden Alten mit ihren funkelnden Augen an.

(Fortsetzung folgt.)

Lokales.

Nüftringen, 4. Mai.

Die Steuererklärungen.

Im Großherzogtum Oldenburg sind die ausgegebenen Steuererklärungsformulare bis spätestens zum 10. Mai ausgefüllt dem Vorsitzenden des Schätzungsausschusses (Amtshauptmann oder Magistrat der Städte erster Klasse) einzureichen, widrigenfalls dem Steuerpflichtigen die Vergünstigung verlustig geht, die gesetzlichen Abzüge machen zu können. Vorwiegend kommt hierbei das Steuererklärungsformular Nr. 7 in Betracht, über das wir, wie in früheren Jahren, auch diesmal wieder einige Aufklärung geben wollen. Sehen wir uns dieses Formular näher an. Die ersten Titel dieses Formulars kommen für die Arbeiter nicht in Betracht. Titel VI ist aber von den Arbeitern besonders zu beachten. Hier sind 1. die festen Bezüge: Löhne, freie Wohnung, Beföstigung usw., anzugeben; 2. die Erträge aus nicht selbstgeleiteter Tätigkeit, wie Akford- und Ueberstundenverdienst. Dieser ist nach dem Ergebnisse des dem Steuerjahr unmittelbar vorangegangenen Jahres (das gewerbliche Geschäftsjahr erstreckt sich nach den Ausführungsbestimmungen vom 1. Januar bis zum 31. Dezember) zu bemessen. Nach dem Fragebogen des Schätzungsvorstehenden haben die Arbeitgeber den Steuerpflichtigen auf Wunsch die nötigen Mitteilungen über im Vorjahre verdienten Löhne oder Wachen, Akford- und Ueberstundenlohn zu machen.

Im Titel VII sind zur Besteuerung des Vermögens die Lebensversicherungen genau zu bezeichnen. Nach Art. 22 des Vermögenssteuergesetzes kommen noch nicht fällige Ansprüche aus dem Lebens-, Kapital- und Rentenerwerbungen mit zwei Dritteln der Summe der bislang eingezahlten Prämien oder Kapitalbeträge, falls aber der Betrag nachgewiesen wird, für welchen die Versicherungsanstalt die Police zurückkaufen würde, mit diesem Rückkaufswerte zur Besteuerung.

Der Titel VIII birgt für die Arbeiter die beachtenswerten Bestimmungen in sich. Hier sind die vom Einkommen zulässigen Abzüge genau zu bezeichnen. Das Steuererklärungsformular Nr. 7 besagt in einer Anmerkung zu diesem Titel: „Die Abzüge unter 1—3 sind nur zulässig, wenn sie angemeldet werden. Die weitere Ausfüllung des nachfolgenden Teils dieses Formulars ist nicht geboten, wohl aber, und zwar besonders im Interesse der Steuerpflichtigen selber, erwünscht. Ist die Höhe der Abzüge schwankend, so ist der Betrag des letzten Jahres anzugeben, oder, wenn es sich um neue Abzüge handelt, der mutmaßliche Betrag für das Steuerjahr.“ Der Steuerfiskus hat natürlich an der Anmeldung der Steuerabzüge kein Interesse, umso mehr aber der Widerbenütze; deshalb muß dieser den Titel sich ganz genau ansehen.

Im Abzug vom Einkommen sind zu bringen: 1. Die Schuldzinsen; 2. dauernde private Lasten rechtlicher Art (nicht aber Alimentation); 3. Beiträge zu Witwen-, Waisen- und Pensionstafeln, sowie zur Lebensversicherungspension (bis insgesamt 300 Mk.), einzeln genau anzugeben; 4. die Staatssteuer, mit Ausnahme der Einkommensteuer; 5. die näher bezeichneten Prämien.

Weiter ist am Schlusse ein größerer Raum übrig gelassen worden, auf dem alles angegeben werden soll, was die Einkommen bis 2400 Mk. bei der Einschätzung zu mindern geeignet ist: ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse, außergewöhnliche Belastung durch Unterhaltung und Ausbildung der Kinder oder sonstiger Angehörigen, andauernde und häufige Krankheit in der Familie, außergewöhnliche Verschuldung, außergewöhnliche Unglücksfälle usw. Die ungünstigen Verhältnisse müssen stets im einzelnen festgestellt und bewertet werden.

Nach den ministeriellen Ausführungsbestimmungen können auch Abzüge machen die Kellner wegen Mehrausgaben für Wäsche, die Hebammen für Kleidung, die Arbeiter für Arbeitskleidung, für Instandhaltung und Wäsche der Instrumente und für Fuhrwerk. Analog dieser Bestimmung dürfen Arbeiter in Abzug bringen die Ausgaben für Arbeitskleidung, für Instandhaltung und Wäsche des Arbeitsgeräts, für Abnutzung eines Fahrzeuges bei weiten Wegen zur Arbeitsstelle usw. Kurz gefaßt, sind vom Einkommen alle Aufwendungen abzugsfähig, die notwendig sind, um den Einkommensertrag ungemindert zu erhalten.

Beträgen sind bei der Besteuerung gesetzlich außer Betracht zu lassen: bei Einkommen bis 3600 Mk. für jedes erste eine Schule (auch Handels- oder Baugewerks-, nicht aber Hochschule) besuchende oder noch nicht schulpflichtige Kind 50 Mk., für jedes zweite und dritte Kind je 75 Mk. und für jedes weitere Kind je 100 Mk., ferner von den nach Tagen- und Wochenlöhnen bezogenen Löhnen mit Rücksicht auf die wegen Krankheits- und Kündigungsmöglichkeit größere Unsicherheit der Einkünfte ein Zwölftel des rechnungsmäßigen Jahreslohnes.

Steuerpflichtigen, die weniger als 400 Mk. Einkommen haben, sind steuerfrei.

Wir bemerken nochmals, daß jeder Arbeiter gut tun wird, eine Steuererklärung auf Formular Nr. 7 bis spätestens den 10. Mai abzugeben, damit ihm alle gesetzlichen Abzüge von seinem Reineinkommen zugute kommen; andernfalls muß er das unverminderte Einkommen versteuern, ohne daß dagegen reklamiert werden kann. Diejenigen, die mehr als 1200 Mk. Einkommen haben, müssen die Steuererklärung abgeben. Tun sie es nicht oder nur mangelhaft oder unrichtig, so können sie in eine höhere Steuerklasse versetzt oder in Strafe bis zu 300 Mk. genommen werden.

Jede Steuererklärung ist jodann noch unbedingt mit Ort, Datum und eigenhändiger Unterschrift zu versehen, andernfalls sie keine Gültigkeit hat.

Die Steuerpflichtigen, die kein Formular Muster Nr. 7 erhalten haben, tun gut, sich ein solches vom Gemeindebureau ihres Wohnorts zu holen.

Den Parteigenossen der Distrikte 2, 3, 4 und 5 zur Beachtung. Heute Montag abend findet eine Ver-

lung des Distrikts 5 und am Mittwoch des 3. Distrikts statt. In ähnlicher Weise sind auch den den Genossen zugegangenen Handzetteln die Daten der folgenden Woche angegeben worden. Distrikt 3 tagt am Dienstag, Distrikt 4 am Donnerstag abend.

Bürgervereinsversammlung. Die Bürgervereine Bant und Neubremen hielten am Sonnabend bei Halwadel gemeinsam eine Versammlung ab. Dieselbe war gut besucht. Nachdem eine ungewöhnliche Debatte über einige kommunale Dinge stattgefunden hatte, hielt das Mitglied des Bantter Bürgervereins Paul Hug einen Vortrag über den Teil des Voranschlags für 1914/15, der das Armen- und Wohlfahrtswesen betrifft. Redner verbreitete sich über die gesetzlichen Bestimmungen über die Armenpflege, über den Geist derselben, der weder christlich noch sozial im modernen Sinne sei. Er schilderte die Armenpflege und ihre Belastung der Steuerzahler in den Gemeinden Bant und Heppens vor dem Inkrafttreten der sozialpolitischen Gesetzgebung. Diese habe eine wesentliche Verminderung der Ausgaben für die Armenpflege zur Folge gehabt. In der Gemeinde Bant sei z. B. die Armensteuer von 150 Prozent der Einkommensteuer auf 60 Prozent herabgesetzt und darauf bei einer Verbesserung der Armenpflege an sich gebunden. Im Laufe der Zeit sei die Armenpflege durch Gesetze noch weiter eingeschränkt worden auf die Fälle, die eine Hilfsbedürftigkeit durch Erwerbslosigkeit, dauernde Arbeitsunfähigkeit, Todesfall oder das Herunterkommen des Ernährens einer Familie darstellten. Das trifft natürlich auf Hilfsbedürftige, die keine Familie haben, mit Ausnahme des Todesfalls, die keine Gleichzeitigkeit sei, wenn auch schätzbar, die vorbeugende Armenpflege angewendet worden. Sie habe bei Bildung der Stadt eine größere Ausdehnung erfahren. Redner schilderte sodann die einzelnen Zweige der Armenpflege und des Wohlfahrtswesens, als: die Einrichtungen für die Bekämpfung der Tuberkulose, an deren Spitze ein von der Stadt angestellter Arzt stehe, die Kindererlenkennung in Birkenfeld und die Krankenstation im Armenhaus. Die Armenverwaltung sei auch dazu übergegangen mehr wie früher Schwachsinnige, ruhige Geistesranke in eigene Fürsorge zu übernehmen, was auch eine Verminderung der Ausgaben dafür bedeute. Redner kommt dann auf den weiteren Ausbau des Armen- und Wohlfahrtswesens zu sprechen und teilt mit, daß die Waisen und Halbwaisen, soweit sie nicht in gute Privatpflege untergebracht werden können in einer besonderen Anstalt mit möglichst familiärem Charakter gepflegt und erzogen werden sollen. Auch die Errichtung eines Anwaltsheimes sei in der Vorbereitung begriffen. Zum Schluß teilte Redner die wichtigsten Einnahme- und Ausgabeposten des Voranschlags mit. In der darauf folgenden Diskussion wurde von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen, daß die Arbeiten für die Errichtung des Anwaltsheimes eine Beschleunigung erfahren möchten. Gegen 11 1/2 Uhr nahm die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Das Versicherungsamt Nüftringen macht bekannt: Gemäß § 42 der Reichsversicherungsordnung und der Wahlordnung für die Wahl der Versicherungsvertreter als Mitglieder der Versicherungskammer im Großherzogtum Oldenburg werden diejenigen Krankenkassen und Erwerbslosen, die im Bezirk des Versicherungsamts Nüftringen nicht ihren Sitz haben und zur Wahl der Versicherungsvertreter beim Versicherungsamt berechtigt sind, hierdurch aufgefordert, bis zum 10. n. M. ihre Beteiligung an der Wahl anzumelden und die Zahl ihrer Mitglieder im hiesigen Bezirk nachzuweisen.

Zum Verfahren beim Schächten hat das oldenburgische Ministerium eine Nachfrage erlassen. Danach darf das Niederlegen des Großviehs nur mittels solcher Einrichtungen erfolgen, durch die jedes plötzliche Umwerfen und jedes schmerzhaft Beschädigung des Körpers vermieden wird. Hierbei soll besonders der Kopf des Tieres gehörig unterstützt und so geführt werden, daß kein Aufstoßen auf den Fußboden und ein Wund der Hörner nicht eintritt. Das Niederlegen darf nur in Gegenwart des Schächters erfolgen, der unmittelbar darauf das Schächten schnell und sicher auszuführen hat. Zur Beschleunigung des Verblutes ist darauf zu achten, daß sich die durchgeschrittenen großen Blutgefäße nicht zurückziehen oder verstopfen. Die Schächtung darf nur durch erprobte Schächter ausgeführt werden.

Der Befehlsstab bei der Eisenbahn. Mit dem 1. Mai sind auch die oldenburgischen Stationsbeamten mit dem sog. Befehlsstab ausgerüstet worden. Das ist ein kurzer Holzgriff mit daran befestigter runder Blechscheibe. Er soll dazu dienen, dem Lokomotivführer das Zeichen zur Abfahrt der dem Personerverkehr dienenden Züge zu übermitteln, indem der den Fahrdienst leitende Beamte der Stab hochhebt. Der bislang mündlich erteilte Befehl „Abfahren“ und das Mundzeichen des Zugführers sollen somit weg.

Das Diebesverdict Christoffers entdekt. Gestern früh entdeckten im Neverschen Busch zwei Schulknaben rein zufällig unter Sträuchern verborgene ein Lager von Diebesgut. Ganz hart am Wege, in der Nähe von Destringerfelde, lagen ein paar Kläder mit Segeltuch überzogen, darunter acht Stück goldene Uhren und eine Menge zum großen Teil verdorbener Lebensmittel, sowie ein Beutel mit Kupfermünzen. Es handelt sich über Wahrheitsliebe nach um das seit Wochen gesuchte Diebeslager des verhafteten Verbrechens Christoffers, der u. a. auch in dem dringenden Verdachte steht, den Pastor Loets in Neepsholt erschossen zu haben. Die Kirchengenossen in der Umgegend und auch andere Einbrüche dürften domestisch durch ihn ausgeführt sein. Der gefundene Beutel mit Kupfermünzen deutet sehr darauf hin. Am Abend der Nordnacht von Neepsholt soll Chr. dort gesehen worden sein. Im Neverschen Busch wurde er verhaftet. Auch da nahm man ihm viel Diebesgut ab. In seinem Besitz befand sich bekanntlich eine Bromwiesepistole und Munition und mit einer Bromwiesepistole wurde Loets erschossen. Nach dem W. B. hat sich Chr. nach Wiefenermühlen ein paar Tage in Nüftringen bei Verwandten aufgehalten. Er befindet sich jetzt im Untersuchungsgefängnis in Aurich. Mit seiner Festnahme scheint ein gefährlicher Verbrecher amtlich gemacht zu sein.

Das Wetter im Mai nach dem 100-jährigen Kalender: Das schöne Wetter währet noch immer bis den 7, da es bei Tage windig und rauh ist, den 8, bis 16. Ist es warm und wird alles Gewächs verhöhet wegen der Dürre, den 25. schöner warmer Regen, bis den 29., von da bis zu Ende fruchtbar. — Allzu große Hoffnungen auf den Wonnemonat brauchen wir uns nach dieser Prophezeiung also nicht zu machen. In übrigen scheint der hundertjährige Kalender für die ersten Tage durchaus nicht unrecht zu haben.

Fußballport. Gestern nachmittag kam auf dem Sportplatz der Freien Turnerstaffel Nüftringen das Retourspiel zwischen den ersten Mannschaften des Arbeiter-Turnvereins Heppens und der Freien Turnerstaffel Nüftringen zum Austrag. Auf beiden Seiten wurde gut gespielt. Das Resultat am Schlusse des interessantesten Spiels war 1:3 zugunsten Heppens (Halbzeit 1:2). Im darauffolgenden Spiele zwischen den dritten Mannschaften des Arbeiter-Turnvereins Heppens und der Freien Turnerstaffel Nüftringen siegte Heppens sehr überlegen mit 17:0. Auf Seiten Nüftringens war überhaupt keine Kombination vorhanden und wird den betr. Spielern empfohlen, an Wochenenda-Abenden zahlreicher zum trainieren auf dem Sportplatz zu erscheinen.

Wilselshaven, 4. Mai.

Warnung vor auswärtigen Lohshändlern. Der Landrat erläßt folgende Bekanntmachung: Die Erfahrungen der letzten Zeit haben gezeigt, daß seitens der Hamburger Loheshändler in großem Umfange der Versuch gemacht wird, Lohse der im Königreich Preußen und den übrigen Staaten der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie nicht zugelassenen Hamburger Stadtlotterie in diesen Staaten abzusetzen. Die Zahl der von der königlichen General-Lotterie-Direktion erstatteten Strafanzeigen wegen Angebots von Losen der Hamburger Stadtlotterie hat sich gegen früher verdreifacht. Aber nicht allein Angebote von Losen der Hamburger Stadtlotterie, sondern auch solche von Losen der laufenden 165. königlich sächsischen Landeslotterie sind von Hamburger Loheshändlern teilweise in großem Umfange nach Preußen und den durch Lotterievertrag angefallenen Staaten zur Veräußerung gelangt. Uebrigens Beobachtungen sind bezüglich der dänischen Kolonial-(Klassen-)Lotterie und der Ungarischen Klassen-Lotterie gemacht worden. Ich mache nachdrücklich darauf aufmerksam, daß der Verkauf und das Spielen von Losen in anderen als in der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie sowie den etwa noch besonders zugelassenen Lotterien verboten ist.

Ausdehnung des Brieftelegraphenverkehrs. Den am unmittelbaren Brieftelegraphenverkehr teilnehmenden Orten treten während der Bade- und Reisezeit hinzu: Baden-Baden, die Bäder Homburg vor der Höhe, Kissingen, Nauheim, Reichenhall, ferner Wörth, Lindau (Bodensee), Wiesbro, Nordern, Sahnig, Seebad Heringsdorf, Swinemünde, Westerland, Wöbbden und Zoppot.

Schwierigkeiten in der Post nach Mexiko. Infolge der politischen Ereignisse in Mexiko kann die deutsche Postverwaltung die sichere und rechtzeitige Beförderung von Postsendungen nach Mexiko einstellten nicht gewährleisten. Für den Verlust, die Verzögerung oder Beschädigung von Postpaketen übernimmt die mexikanische Postverwaltung auch in Friedenszeiten keine Verpflichtung. Während sich gewöhnlich die Briefpost nach Mexiko über Newyork und von da zu Lande weiter geleitet wird, werden Postsendungen dahin zur See direkt nach den mexikanischen Häfen Veracruz und Tampico befördert, weil die Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika sich mit der Weiterbeförderung von Postpaketen grundsätzlich nicht befaßt. Wegen Einstellung des Dienstes auf der Tehuantepec-Eisenbahn können ferner Postpakete nach Salabador vorläufig nicht mehr für den Landweg über Mexiko, sondern nur noch für den Weg über Frankreich und Colon-Panama angenommen werden.

Oberrichtergericht der Nordsee. Der Matrose Semrau erhielt am 14. März von dem Kriegsgericht der 2. M. R. wegen Vergehens nach § 176 Ziffer 3 in zwei Fällen 7 Monate Gefängnis und wurde in zwei weiteren Fällen freigesprochen. Er und der Gerichtsherr legten Verurteilung ein. Der Angeklagte wird beschuldigt, die kleinen Töchter des Offiziers, bei dem er Burche war, in unzüchtlicher Weise angefaßt zu haben. Das Berufungsgericht sah nach einem weiteren Fall als erloschen an und erhöhte die Strafe auf 10 Monate Gefängnis.

Neueste Nachrichten.

Leer, 4. Mai. In der Strobladung der heute früh hier eingetroffenen Rünke 5 der Firma Fr. Halbach von hier brach Feuer aus. Die Ladung ist zum größten Teil vernichtet und das Schiff schwer beschädigt.

Berlin, 4. Mai. Wie die Morgenblätter melden, trat in der Nacht zum Sonntag scharfer Frost ein. Die Temperatur sank Sonntag früh stellenweise auf 4 Grad unter Null. In weniger geschützten Gärten sind Blüten und junge Blätter vernichtet.

Washington, 4. Mai. Nach einem Telegramm, daß dem Marineamt zugegangen ist, haben die mexikanischen Bundes-truppen mit den Infanterien bei Tampico einen Waffenstillstand abgeschlossen.

Mexiko, 4. Mai. Ein mit Deutschen vollbesetzter Eisenbahnzug ist am Sonnabend nach Veracruz abgegangen.

Wetterbericht für den 5. Mai.

Etwas wärmer, ziemlich heiter, schwache bis mäßige Südwestwinde, tags trocken.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik, Feuilleton und den übrigen Teil: Josef Kliche; für Lokales und Aus dem Lande: Oskar Günlich. — Verlag von Paul Sulz, Stationsdruck von Paul Sulz & Co. in Nüftringen.

Siehe zu eine Beilage.

Bekanntmachung.
Wir suchen zum sofortigen Dienstantritt zwei tüchtige
Maschinenschreiber
oder **Maschinenschreiberinnen**, die flott stenographieren können, ferner zwei tüchtige
Registrierungsgehilfen.
Gehälte erbitten wir uns sofort an unser Rathaus Zedlitzstraße, Zimmer Nr. 3. [1282]
Rüstringen, den 1. Mai 1914.
Stadtmagistrat.
Dr. Lucien.

Gesucht auf sofort mehrere Maurer und ein Bautischler
[1272] S. Siggel, Garmis.

Gesucht Malergehilfen.
Fr. Kühn, Malermeister, [1271] Schillerstraße 12.

Gesucht auf sofort Malergehilfen.
[1122] L. Baars, Zetel i. D.

Maschinisten
für Rahmen und Greifzweiger sofort gesucht. [1127] S. Müller, Hofmannstraße 68

Schneider
der als Nebenbeschäftigung fräsiert und Umänderungsarbeiten übernimmt, baldigst gesucht. [1274] Georg Aden, Geschäftshaus, Rüstringen, Bertritz.

Zwei Bautischler
gesucht. E. Hoffmann, Rüstr., [1281] Müllerstraße 11.

Suche auf sofort
einen zuverlässigen Knecht im Alter von 17 bis 20 Jahren für meine Landwirtschaft. [1262] E. B. Lohse, Marienfel.

Gesucht auf sofort
noch ein Hausdiener nicht über 20 Jahre. [1285] Barisch & von der Brelle.

Wir suchen
einen gemauerten Arbeiter zum Anstellen an Sonntagen, Vormittags. [1205] Wolferei-Gen. Neuende.

Friseurlehrling
sucht [1270] Schönwald, Grenzstraße 8.

Gesucht auf sofort ein Lehrling.
E. Stenemann, Malermeister, [1273] Döhl.

Brennholz-Berkauf.
Kleingemachtes Holz zum Feueranzünden, Verkaufzeit von 2 bis 5 Uhr nachmittags
1 Kubikmeter zu 7.50 Mk.
1/2 Kubikmeter zu 3.75 Mk.
1/4 Kubikmeter zu 2.00 Mk.
1 Kubikmeter und mehr wird frei ins Haus geliefert.
Riegelstühle usw. [881] Die Armenarbeitshaus-Verwaltung Rüstringen.

Sämtliche Schulbücher
liefert die
Volkshandlung Einwarden Rudolf Werft, Filial-Expd. des Nordd. Volksb.

Holz-Rouleaux
Zaloufen, Roll-Läden in verschiedenen Mustern u. Preislagen. Besonders mache auf einige Muster aufmerksam, die bedeutend unter Preis verkauft werden.
Eduard Dittmann
Buchhandlung
Mittelschiffstraße 2e.
Lohnlisten liefert Paul Hug & Co.

Variete
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
Blatzheim
in den beiden tollen Burlesken.
Der dunkle Punkt
und [1266] Schön ist die Jugend.
Hierzu der vorzügliche Spezialitäten-Teil.
Adler



EINE-AUFFALLENDE ERSCHEINUNG
Es gab viele Raucher Oeoen die folgen ihrer Leidenschaft nicht hin zu schützen Sie sich durch Wabertabletten. Glaubt sich in allen Apotheken u. Drogerien her zu beschaffen. [1274] Niederlagen in Rüstringen: Apotheke von C. König, Anker-Apotheke, Haren-Apotheke, Zentral-Drogerie; Wilhelmshaven: Einhorn-Apotheke, Ratsapotheke, 77 Hohenzollern-Drogerie.

Anfertigung sämtl. Haararbeiten.
W. Langenbeck, Friseur, Mühlentischstr. 8. Dasselbst wird ausgefärbtes Haar gekauft.

Preuss. Süddeutsche Klassen-Lotterie.
Loose zur fünften Klasse. Ziehungsbeginn 8. Mai.
1/4 1/2 3/4 1/2
200 100 50 25 Mk.
sind zu haben. [1176] Gossel, Königl. Lotterie-Einnehmer, Wilhelmshaven, Bertritzstr. 6.

Empfehle:
Allen offiziesischen Kümmelkase. Wd. 35 Pf.
bei ganzen und halben Broden, Wd. 30 Pf.
Allen Tüfter Käse, Wd. 40 Pf.
Sellen Supp, Wd. 20 Pf.
Magdebg. Raumennus, Wd. 30 Pf.
5 Pfund ausgewogen . . . 1.25
Sauerohl, 3 Wd. 20 Pf.
Eingemachte Bohnen, garantiert weichkochend . . . 20 Pf.
Bühnenweizen, bestes münch. Weizenmehl, Wd. 25 Pf.
Bühnenweizen, Wd. 25 Pf.
Sokolaten, 3 Wd. 20 Pf.
Schmierseife, Wd. 20 Pf.

N. Winterberg
Wollstraße 11. [1210]

Wollen Sie [1002]
ein gutes Bett, so wenden Sie sich vertrauensvoll an **Georg Aden**, Wertstraße. Bedienung reell, gut und billig. Jeden Mittwoch Bettfedern-Reinigung.

Uhren
repariert schnell und billig [872] Fr. Wisjanowski, Ulmenstr. 5.

Volkshäde Rüstringen
Dienstag: Gruppen mit Rindfl.

Zu verkaufen [1267]
sehr gut erhaltener Sitz-Peugeotwagen. Bremer Str. 71, II. Mitte.

Zu verkaufen [1280]
3 guterhaltene Stubentüren Neuenroden, Fortifikationsstr. 143

Möbel kauft reell
Gh. Zanhen, W. Haven, Querstr. 2

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rüstringen-Wilhelmshaven.
Distriktsversammlungen
Distrikt V.: Montag den 4. Mai, bei Arn. Carlstns.
Distrikt III.: Dienstag den 5. Mai, bei Sadewasser.
Distrikt II.: Mittwoch den 6. Mai, im Neuen der Hof.
Distrikt IV.: Donnerstag den 7. Mai, im Edelweiß, [1283]
Die Genossen werden gebeten, das Datum auf den Handzetteln nach diesen Angaben zu ändern.
Der Vorstand.

Turnerkartell
Wilhelmshaven-Rüstringen.
Mittwoch den 6. Mai, abends 8.30 Uhr
Gemeinsame Versammlung im Tivoli.
Tagesordnung:
1. Geschäftliches. 2. Sportfest. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Höhere Handelsschule, Peterstraße 49
Beginn neuer Kurse in den verschied. Abteilungen, auch einzelnen Fächern, wie Stenographie Maschinen-schreiben etc. Schnellste und sicherste Vorbereitung zur Meisterprüfung wie auch zur Einjährig-Prüfung.
W. Spieker, Handels- und Sprachlehrer.

Wer viel geht steht — und klug ist — trägt
Dr. Diehl-Stiefel
Prämiert
Jnt. Hyg. Ausst. Dresden
Ein Stiefel, der nicht drückt, Ein Stiefel, der beglückt!
Ein neues System naturgemässer Fußbekleidung mit allen hygienischen Vorzügen. - Broschüre gratis u. franko
Neu: Dr. Diehls pneumatische Plattfuss-Einlegesohle (D. R. P. Nr. 229 989.)
General-Depot:
Joh. Holthaus Nachfl.
[1261]

Nordenham. Nordenham.
Geschäfts-Eröffnung.
Einer werthen Einwohnerschaft zur Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage das
Friseur-Geschäft
im Hause des Herrn Gastwirts Peters, Viktoriastraße 2, übernommen habe.
Es wird mein aufrichtiges Bestreben sein, die mich beehrende Kundenschaft aufs laubeste zu bedienen.
Mit der Bitte um gütige Unterstützung zeichne
Martin Strowitzki
Viktoriastraße 2. [1236]

Entflogen!
1 roter Straßen- und 1 schwarzer Straßen-Lämber. [1276] Wiederbringer erhält Belohnung. Deichstraße 3.

R. Winter
Färberei u. chem. Waschanstalt
Rüstringen, Peterstr. 59.

Möbel neue und gebrauchte, Bettstellen, Kleider- [1208] Schränke, Tische, Stühle, Sofas, Küchenmöbel preisbillig zu verk. Rüstr., Peterstr. 66, Ecke Gerichtstr.

H. F. Huismann
Roonstraße.

Deutscher [1224] Golzarbeiter-Verein
Zahntelle Rüstringen-Wilhelmshaven.
Dienstag, den 5. Mai abends 8 1/2 Uhr
Vertrauensmänner-Sitzung
im Vereinshaus (früher Edelweiß), Ecke Schiller- und Bertritzstraße.
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Sreie Turnererschaft Rüstringen.
Die Turnstunden
des Vereins werden wie folgt abgehalten:
Abteilung I. Turnlokal Odeon
a) Männer-Abteilung: Dienstag u. Donnerstag abends von 8-10 Uhr;
b) Damen-Abteilung: Jeden Mittwoch abends von 8-10 Uhr;
c) Jugend-Abteilung: Anabenturen: Dienstag und Donnerstag abends von 7-8 Uhr; Mädchenturnen: Montag und Mittwoch abends von 7-8 Uhr.

Abg. II. Siebthsburg-Redan Turnhalle Wafferturm:
Männer-Abteilung: Jeden Dienstag und Freitag abends von 8 1/2-10 Uhr.
Anmeldungen werden an den Turnabenden von den Turnleitern entgegengenommen.
Der Vorstand.

Nordenham. Soziald. Wahlverein.
Donnerstag, den 7. Mai abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in Robbers Lokal.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert. [1220] Der Vorstand.

Vorteilhaftes Angebot
Reklame-Bett!
31.50 Mk.
Oberbett, Unterbett und Kissen, vollständig Größe und gut gefüllt. Garantie für federichtes Inlett u. neue gerein. Federn.
F. H. Huismann
Roonstr. 36 (alte Nr. 10).
Für die uns anlässlich unserer silbernen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hierdurch besten Dank
Friedrich Engelbrocht und Frau [1265] Katharine geb. Oetken.

Ronsum u. Sparverein
für Rüstringen und Umg.
Eing. Gen. mit beschr. Haftpf.
Unsere Sparkasse
st täglich geöffnet von 10 bis 1 Uhr vorm., von 4 bis 6 Uhr nachm., auss. Sonnabends nachm. Einlagen werden mit 4 Proz. verzinst.
Der Vorstand.
Zu verkaufen [1279] 1 Stall, 2 Ziegen und 2 Paar Zerteltauhen mit Kästen, echte Kasse, Zondelstraße 22, (Hinterhaus)

Nachruf!
Am 1. Mai traf hier die traurige Nachricht ein, daß unser langjähriger Arbeitskollege
Ludwig v. de Wal
im fernem Osten, in Batavia, am gelben Fieber gestorben ist. Während seines Hierseins nahm er in jeder Hinsicht die Interessen seiner Kollegen wahr.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Arbeiter des Stanzwertes Th. Bartels & Co., Embden.
J. A.: [1263] Der Arbeiter-Ausschuß.

Danksgiving.
Allen denen, die meinem lieben Mann das Geleit zur letzten Ruhestätte gaben, seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten sowie Herrn Pastor Lönningh für seine tröstlichen Worte meinen innigsten Dank. Frau Witwe Segert.

W. O. K.
Am Mittwoch den 6. Mai cr. abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der Frauenvereine-Verbandsmitglieder der Betriebskrankenkasse der Marine-Station der Nordsee im Vereinshaus, Bertritz.
Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist unbedingt erforderlich. [1269] Der Vorstand.

Deutscher Banarbeiter-Verein
Rüstringen-Wilhelmshaven.
Umständlicher findet unsere fällige Mitgliederversammlung am Dienstag den 5. Mai nicht statt. Am Donnerstag den 8. Mai findet die Brandenversammlung der Arbeiter statt und am Freitag den 9. Mai unser Bauarbeiter-Sitzung. Beide Versammlungen sind im Tivoli. [1268] Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer
und Berufsgenossen.
Dienstag den 5. Mai cr. abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
bei Schön, Jadenbüfen.
Beschlüssliche Erscheinen dringend erforderlich. [1264] Der Vorstand.

Codes-Anzeige.
Am Sonntag den 2. Mai, nachmittags 2 Uhr, starb nach kurzer Krankheit unser kleiner Sohn und Bruder
Johann
im Alter von 6 Jahren und 11 Monaten.
Dies bringen tiefbetriibt zur Anzeige. [1284] Rüstringen, d. 4. Mai 1914.
Johann G. Wiker u. Frau nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 6. Mai, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle in Wardenburg aus statt.

Codes-Anzeige.
Heute entließ sanft nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter u. Schwägerin
Eina Meyer
geb. Wittenberg
in ihrem 39. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetriibt an
Deinethorst, den 1. Mai 1914
Heinrich Meyer u. Tochter Johann Meyer.
Die Beerdigung findet am Mittwoch den 6. Mai, morgens 9 Uhr, v. Trauerhalle, Bremer Straße 57, aus statt. [1275]

Garantiert rein deutsche Honigarten in Zusammenstellung mit Raffinade **Marke Bienenfleiß**

Reichstag.

246. Sitzung, Freitag, den 1. Mai 1914, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratsstische: Kommissare.

Anfragen.

Hg. Dittmann (Sog.):

fragt, ob dem Reichstagsler bekannt ist, daß beim Infanterieregiment Nr. 143 in Straßburg, C. in Folge von Ueberanstrengung bei Feldübungen im Gelände sehr viele Erkrankungen vorgekommen sind, so daß die Kavallerie zeitweilig überflüssig waren, daß zwei Soldaten der 2. Kompanie infolge dieser Erkrankungen nach kurzer Erkrankung starben, und daß zwei andere Soldaten der 2. Kompanie aus Verwundung ihrem Leben ein Ende machten, und was der Reichstagsler zu tun gedenke, um solchen Vorkommnissen vorzubeugen.

Generalmajor Wüb v. Söbenborn: Es ist nicht gut genug, daß Infanterie von Ueberanstrengungen viele Erkrankungen vorgekommen und die Kavallerie zeitweilig überflüssig waren; es ist auch nicht gut genug, daß zwei Soldaten an den Folgen von Ueberanstrengung starben; vielmehr stand bei einer an Grenzdörfer, bei anderer infolge eines Unfalls; es ist auch nicht richtig, daß zwei Soldaten ihrem Leben ein Ende machten, vielmehr kam nur ein Selbstmordbegehren vor, dessen Ursache in seinem Zusammenhang mit den in der Frage genannten Umständen liegt. Im übrigen wird die Verantwortung der Angelegenheiten der Ausbildung der Truppen gänzlich ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Dittmann (Sog.):

Ich frage weiter zur Ergänzung, ob dem Reichstagsler bekannt ist, daß bei den in der Anfrage erwähnten unterbrochenen militärischen Feldübungen die Soldaten nicht aus den Reihen kamen und daß nicht für Quartiere und Verpflegung gesorgt war. Ist es ferner dem Reichstagsler bekannt, daß einer der unterbrochenen Dienst hatte, und in der Nacht in der Halle auf Holten zog, so daß er 40 Stunden lang nicht aus den Stiefern herausgetreten ist?

Generalmajor Wüb v. Söbenborn: Ich habe meiner Antwort nichts hinzuzufügen.

Hg. Dittmann (Sog.):

Ich frage weiter zur Ergänzung, ist der Reichstagsler bereit, wenn ihm Material dafür überreicht wird, daß die in seinem Namen abgegebene Erklärung unzutreffend ist, von neuem Ermittlungen anstellen.

Präsident Baumh: Das ist keine Ergänzung der Anfrage. Hg. Birkenmayer (Z): fragt, ob der Reichstagsler seinen amtlichen Einfluß zur möglichst umfangreichen Verwendung des von dem Dr. Mallebrin in Karlsruhe bereitgestellten Heilmittels gegen Infektionskrankheiten geltend zu machen gedenke.

Ministerialdirektor v. Janzoniere: Derartige Auskünfte müssen, wenn auch ungenau, zur Klarheit über zur Verbreitung solcher Heilmittel dienen; sie müssen daher grundsätzlich abgelehnt werden, wenn nicht ganz besondere Umstände des öffentlichen Wohles ausnahmsweise einmal eine Abweichung gebieten. Daraus wird die erste Beratung des

Internationalen Vertrages zum Schutze des menschlichen Lebens auf See

Ministerialdirektor v. Janzoniere: Herr Schumann hat geteilt die Gewinn- und Verlustbuch des Reedereiunternehmens für das Anglied der „Titanic“ beantragt gemacht und ferner geäußert, wenn man das Leben von Zwischendeckern in Frage genommen, so hätte die Regierung nicht eingegriffen. Ueber diese Beurteilung der Dinge muß ich meiner Entrüstung Ausdruck geben. Auf der „Titanic“ haben feinstens die Passagiere erster Klasse die Hauptrolle gespielt, und ist das Leben eines Zwischendeckers genau so wertvoll wie das eines amerkanischen Milliardärs. Aus oben derartige Reaktionen gefehlt das Notwendige, und wir hätten bereits die Einführung der Bekleidung der Zwischendeckern in Frage gestellt. Weiter erhob Herr Schumann den Vorwurf, die seemannischen Arbeiter seien bei Veranlassung der Konferenz nicht gehört worden. Das ist unzutreffend, sie sind gehört worden, und zwar durch Vermittlung der Seebürokratie. Das diese Abänderung eine Formale war, muß ich entgegnen in Abrede stellen. Der Matrose Lorenz hat auch den Punkt zur Sprache gebracht, ob an die Ausguckenteiler Beschränkungen werden sollen, und es wurde einstimmig beschlossen, hierüber erst die Ansichten der übrigen Nationen auf der Konferenz zu hören. Nach den Erfahrungen der Amerikaner wurde davon Abstand genommen. Das auf der Konferenz selbst die Arbeiter nicht noch besonders vertreten waren, ist mir bedauerlich; die Passagiere, die doch vor allem ein Interesse an der Sicherheit haben, waren ja auch nicht vertreten. Die amerikanischen Regierung hat ihren Vertretern einen Sachverständigen aus ihrer Flotte mitgebracht, aber solche Erfahrungen damit gemacht, denn er hat wegen Meinungsverschiedenheiten mit den übrigen Mitgliedern sein Mandat niedergelegt. Das ist natürlich kein Beweis dafür, daß die übrigen Mitglieder im Unrechten waren. Ferner meinte Herr Schumann, es würde nicht gefehlt herauskommen, wenn nicht für die Durchführung der Vorschriften Sorge getragen würde, und betrugte hierfür ein Heilmittel. Die Frage der Durchführung von Vorschriften ist jetzt nicht, es wird ihnen in der nächsten Session ein Ausführungsgezet vorgelegt werden. Wenn Herr Schumann sich aber gegen die Beteiligung der Seebürokratie an der Kontrolle wendet, so halte ich ihm entgegen, daß die Seebürokratie für die Durchführung der Vorschriften geeignet ist, wenn die Funktionen, die einer solchen Organfunktion obliegen, zu erfüllen.

Hg. Heger (Z): Hg. Wesermann (natl.): Hg. Graf Borsch (Z) geben ihrer Vernichtung über den vorgelagerten Vertrag Ausdruck und nehmen die Seebürokratie gegen die vom Abg. Schumann erhobenen Angriffe in Schutz.

Hg. Dr. Hecker (Rp.) schließt sich den Vorrednern an und erwirbt, daß der Abg. Stollen die vom schiffsmännlichen Klassen abgegebene Beschränkung des Abg. Schumann desautorieren werde.

Hg. Dr. Arendt (Rp.) und Hg. Wesermann (natl.) erklären ihre Zustimmung zu dem Wotommen.

Hg. Stollen (Sog.):

Ich hätte auf Wort verzichten können, wenn man nicht der Regierung und der Seebürokratie hier ein solches Lob gesungen hätte, und Herr Hecker nicht in Gegensatz zu meinem Parteifreund Schumann zu bringen versucht hätte. Schließlich ist es ganz auf dem Standpunkt Schumanns, selbstverständlich ist es auch der Temperaments, wie man seine Auffassung zum Ausdruck bringt. Der Ministerialdirektor hat sich über die Bemerkung entzweit, wenn es sich nicht um verunglückte Seeleute gehandelt hätte, so wäre nicht eingegriffen worden, und hat auf die große Zahl der Zwischendeckpassagiere hingewiesen. Das beweist doch nicht, daß auch eingegriffen wäre, wenn nur Zwischendeckpassagiere auf dem Schiff gewesen wären. (Unruhe.) Aber ich nehme ohne weiteres an, daß ein solcher solcher ungeweinen Unfall die Regierung auch eingegriffen hätte, wenn es sich nur um Zwischendeckpassagiere gehandelt hätte, denn das Gegenteil wäre ja ganz unvernünftig. Aber die Berufung darauf, daß die Regierung bei solchen und ähnlichen Katastrophen immer eingreift, ist nicht ganz stichhaltig, wir haben beispielsweise auf anderen Gebieten, in Bergwerken, Jahr für Jahr große Kata-

strophen zu verzeichnen, und doch immer ist nicht das nötige geteilt, um ihnen vorzubeugen. (Er wendet sich bei den Sozialdemokraten.) Herr Hecker erhebt den Vorwurf der Entrüstung mit der Drohung, die Seebürokratie würden nicht mehr mit den Arbeiterorganisationen verhandeln. Die Arbeiterorganisationen verhandeln doch nicht wegen der schönen Augen der Arbeiter, sondern ihrer eigenen Interessen wegen (Bestärkte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und wenn einmal auf Seiten der Arbeiter stärkere Wünsche geäußert werden, so sollen Sie das dem Umstand zugute halten, daß die Arbeiter nicht so gefehlt haben, ihre Gedanken in schöne Worte zu kleiden und hinter schönen Worten zu verbergen. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.) Die Beschwörung der Nichtentziehung der Arbeiter zur Konferenz hält Herr Dittmann v. Janzoniere für unangebracht, weil auch die Passagiere keine Vertreter gehabt hätten. Wir haben in Deutschland etwa 80 000 Seeleute, die fortgesetzt auf See sind. Ich glaube nicht, daß zu irgend einer Zeit im Jahre auch nur annähernd soviel Passagiere auf der See schwimmen. Natürlich hat jeder Passagier das Interesse, vor Unfällen möglichst geschützt zu sein. Freilich hat das Wasser keine Waffen, und es werden sich deshalb niemals alle Unfälle vermeiden lassen. Aber die neuen Vorschriften betreffen doch, daß es bisher mit den Seebürokratie nicht so stand, wie es hätte sein können, wenn schon früher internationale Vereinbarungen getroffen worden wären. Die Titanic-Katastrophe bedeutete ein große Enttäuschung. Die Leute, die die Fahrt auf solchen Kursumpfen bezogen, hatten geglaubt, daß ein solcher solcher Schiffe für sie alle Gefahr beseitigt sei. Und der Fall, einer solchen Unfallschiffen, kann ja die Elemente so ganz leicht nicht anziehen, wenn nämlich mit der nötigen Vorsicht gearbeitet und gefahren wird. Gerade die Leute aber, die mit solchen Kursumpfen fahren, haben auch bisher sehr viel Wert darauf gelegt, daß die Schiffe sehr schnell fahren. Eigentlich ist es ja ein Widerspruch, daß man Dampf für eine Weile nur 1-2 Tage mit 10 ungeweinen Kursumpfen ausstiekt, wie Schwimmbäder, Tennisplätze usw., und dadurch die Leute ganz ungeweiner schiffstief macht in den Klaffen, die Zugang zu dem Luxus gewöhnt, was ja für die Weisheit der Menschen überhaupt nicht in Frage kommt. Aber die Sache liegt so, daß gerade durch diese Drängen auf Schnelligkeit, durch die Leute immer weitergehende Schnelligkeitsbedürfnisse aufgestellt, Gefahren auch für diese großen Schiffe heraufbeschworen werden. Es ist klar, daß wenn die Maßnahmen, die notwendig sind, um Katastrophen zu vermeiden, nicht getroffen werden, die Gefahr solcher Katastrophen sich ganz erheblich vermehrt. Im Artikel 10 des Vertrages ist vorgesehen, daß wenn die in der Höhe ist, im Dunkel die Schnelligkeit des Schiffes gemindert werden soll. Wenn dies von der Titanic befolgt worden wäre, so wäre wahrscheinlich das ganze Unglück verhindert worden. Da erhebt sich nun die Frage, welche Mittel zur Verfügung stehen, um in Zukunft die Befolgung der Vorschriften des Vertrages auch wirklich zu erzwingen, denn wir werden damit rechnen müssen, daß sich Widersprüche gegen die Durchführung dieser Vorschriften geltend machen werden. Die Voraussetzung für eine wirksame Durchsetzung ist die allerseitige Befolgung aller Vorschriften. Jetzt ist aber nur ein Teil des Vertrages in Kraft, und man fragt sich, was soll den Reedereien ein Recht gegeben, die diesem Vertrag gänzlich zu handeln. Dafür, daß die Reedereien nicht immer an dem Verlangen des Schutzes auf See unerschrocken sind, gibt die Denkschrift selbst einen Beweis. Es heißt in ihr: Wenn der Vertrag durchgängig wird, wird die Konkurrenz der Reedereien untereinander einen ungünstigen Einfluß nicht mehr ausüben können. Damit ist gegeben, daß wenn es so ist, so ungünstiger Einfluß vorhanden ist. Damit stimmen auch überein die Klagen des Staatssekretärs Delbrück über die Schwierigkeiten, die einer Verhandlung über weitergehende Fragen auf dem Gebiete dieses Vertrages im Wege gestanden haben. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß wenn die Vertreter der Reedereien immer mit beiden Händen abwehrt, daß man ein Gesetzmäßiges nicht schließen, was uns viel früher sehr schwer eine Verhandlung über weitergehende Schutzmaßnahmen erreicht werden kann. Auch nach Abschluß dieses Vertrages werden wir mit einem gewissen passiven Widerstand bei den Reedereien rechnen müssen. Deshalb muß es auch Gegenbestimmungen geben, worüber aber nichts im Vertrag gesagt ist. Es wird das Ende der Aufsichtsbefugnisse sein. Notwendig sind auch stärkere Bestimmungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Mannschaften an Bord. Die Kontrolle muß von staatlichen Organen vorgenommen werden, nicht der Seebürokratie, die eine Kooperation von Interessenten ist. Man hat sich über die Angriffe Schumanns gegen die Seebürokratie entschieden, und ich überprüfungsbedürfnisse sehr hoch geschätzt. Das will ich doch betonen, daß viele Unfallverhütungsmaßnahmen eingeleitet worden sind mit dem Worte des berühmten Laeiz: Mundes vult decipi. Die Welt will getrogen werden. Das heißt doch nur, die Unfallverhütungsmaßnahmen sollen gut aussehen, wir machen aber doch was wir wollen. Die Arbeiter haben aber das Recht zum größten Mißtrauen gegen die Seebürokratie.

Vor allem ist notwendig auch Vorschriften über eine ausreichende Besatzung der Schiffe, über das Vorhandensein einer genügenden Zahl von Booten und sonstigen Rettungsmaßnahmen, Vorschriften über Ausbildungen und über die Zahl der geprüften Bootleute an Bord. Es genügt nicht, daß nur alle 14 Tage eine Ausbildung vorgenommen wird. Viele Seereisen dauern ja gar nicht 14 Tage. Wenn der Vertrag in allen Staaten wirklich durchgeführt wird, so ist noch lange nicht alles erreicht, was erreicht werden mußte. Das beweisen schon die zahlreichen Wünsche, die dem Protokoll angehängt sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Dove (Rp.): Dr. Arendt hat mangels Anerkennung von anderer Seite geglaubt, sich selbst einen Rindhorn zu müssen. (Geheul.) Die Ausführungen des Regierungsrates über die Beschränkungen, daß es eines Anstoßes zu dem Vertrage nicht bedürfte. Im übrigen freue ich mich, daß die Ernennung des Abgeordneten Hecker erfüllt hat, daß Abg. Stollen sich die Annahme eines Fraktionskollegen Schumann nicht zu eigen gemacht hat, daß der Vertrag nicht gekommen wäre, wenn nur Zwischendeckpassagiere ungelommen wären.

Hg. Schumann (Sog.):

Ich bin nicht in der Lage, meine gefirgten Ausführungen irgendwie zu korrigieren. Jahr für Jahr haben wir Katastrophen erlebt, bei denen Menschenleben zugrunde gegangen sind, und trotz unserer höchsten Kritik ist bisher immer die Mühsal auf das Profitinteresse der Reederei bei der Regierung ausfallend geblieben. Auch der schon von Abg. Stollen erwähnte, der Denkschrift über die Wirklungen der Konkurrenz der Reederei, beweist, daß ich recht hatte. Ebenso eine andere Stelle, wo darauf hingewiesen wurde, daß die Abänderung über das Perzenttal nur erreicht werden konnte, wenn wir uns verpflichteten, auch für die deutschen Schiffe die Bedingungen der ausländischen Befolgung zu erfüllen. Herr v. Janzoniere hat sich mit einer früheren Äußerung heute in Widerspruch gesetzt. Als ich sagte, daß die deutschen Schiffe geschäftlichen Mannschaften ein höheres Perzenttal bekommen würden, was das noch ihm bestritten. Heute hat er selbst gesagt, daß nur ein niedriger Perzenttal der Schiffsbesatzung beizubehalten ist. Aber was nützen dann die schönsten Rettungsmaßnahmen, wenn niemand vertriebt, mit ihnen umzugehen. Ich könnte an vielen Stellen ferner nachweisen, daß die Reedereien sich an die schönsten Unfallverhütungsmaßnahmen nicht halten. Die Seebürokratie und ihre Organe haben keine Macht, ihren Anforderungen den nötigen Nachdruck zu verschaffen. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Entscheidungen der Seemannsämter die Tatsache, daß Mangel an Rettungsmaßnahmen vorhanden ist und daß die Posten in unzureichender Anzahl sind.

Selbst nach dem Titanic-Unglück hat die Seebürokratie sich nicht um die Befolgung neuer Vorschriften, wann auch bei den Gesetzentwürfen. Uebungen mit den Booten vorgenommen werden müssen, also eine ganz nachlässige Befolgung. Das heute noch für die deutschen Reederei der Standpunkt von Laeiz maßgebend ist, beweisen Tausende von Urteilen aus Fischereien. So schreibt ein Kapitän: „Es gibt viele Reederei, die in gewisser Weise die Vorschriften außer acht lassen, wenn sie Zeit oder Geld sparen wollen.“ (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Man höre nur die lächerlichen Klagen der Staatsbeamten, wenn sie den Reederei gegenüber machtlos sind, weil sie keine Exekutivmacht haben.“ (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Und auf einer Versammlung des Vereins deutscher Seeschiffer auf seiner Fahrt am 4. Juli 1913 wurde darüber Beschwerde geführt, daß die Kapitäne von ihnen Reedereien gezwungen werden, mit ihnen Reedereien in überbotenen Zustände über See zu fahren. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das wird er anders werden, wenn unsere Forderungen nach einem obligatorischen Besatzungsgezet und einem Weisheitspflichtgezet sowie nach der Seebürokratie völlig unabhängigen Kontrollbeamten erfüllt ist.

Reederei polemisiert weiter gegen den Abg. Hecker. Ob es zu Verhandlungen zwischen den Reederei und den Organisationen der Seeleute kommt, hängt von den gegenwärtigen Verhandlungen ab.

Wir begrüßen das Ergebnis der Konferenz als ersten Schritt auf dem Wege, den wir mitmachen wollen, werden uns aber das Recht der Kritik niemals nehmen lassen, weil wir wissen, daß geistige Streife nur durch zuchtlose Kritik auf dem Wege des Schutzes von Leben und Gesundheit der Mannschaften und Passagiere vorwärts getrieben werden können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Arendt (Rp.) bemerkt sich dagegen, sich als Urheber des Vertrages ansprechen zu haben. Er sei auch viel auf See gewesen. Hg. Dr. Hecker (Rp.) betont, daß er es für unangenehm halte, wenn Unternehmer- und Arbeiterorganisationen verhandeln. Er habe sich nur gegen die Form der Angriffe Schumanns gemeldet. Der Vertrag wird hierauf auch gleich in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt eine Beratung des Beschlusses betr. nationale Aufnahmen der Vorräte von Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei.

Der Entwurf wird ebenfalls sofort in drei Lesungen an bloc angenommen.

Gleichfalls Annahme in allen drei Lesungen findet der Entwurf zur Verringerung des Getreidepreises. Die gemeinsamen Rechte der Arbeiter und Arbeitgeber sind ebenfalls angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Nächste Sitzung: Samstag 10 Uhr (Nachmittag), Wählprüfungen, Petitionen, Kassenprüfungen, Schluß 4 Uhr.

247. Sitzung, Samstag, den 2. Mai, vormittags 10 Uhr. Am Bundesratsstische: Kommissare, nachher Kämmerer. Eingegangen ist die Denkschrift über die Entzignung der Duala.

Debatte über den Entwurf des Beschlusses und eine größere Anzahl Petitionen erledigt, sowie die Wahl des Abg. Strauß (Rp.) für gültig erklärt.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Heilmittels.

Hg. Hecht (natl.) beantragt, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen, hofentlich kommt etwas Gutes dabei heraus.

Reichstagspräsident Käiser: Ich bitte um Entschuldig, daß ich jetzt erst komme; bei der Reichstagsfeier der Tagesordnung (Geheul) glaubte ich, das Heilmittelgesetz würde so früh nicht herankommen. Die Heilmittelgesetz ist für den Reichstag so wichtig, daß viele meinen, man müsse lebhaft mit dem Gesetz gehen und Kollegien dagegen vorgehen. Wer das tut, spricht aber seine Augen vor den realen Tatsachen. Der Entwurf bedarf einer Einleitung keineswegs einer Vertagung des bestimmten Grundgesetzes, noch (Geheul) nicht nicht. Es darf ja auch nicht verkannt werden, daß die gezielte Arbeit in höherem Maße der deutschen Wirtschaft Kapitalien ausgerichtet ist. Der Arbeitnehmer erhebt bei dem heutigen Stande der Dinge jeglichen Reichstages gegenüber dem Bundestag. Wir hoffen, durch Förderung des soliden Wirtschaftsgutes das unzulässige Weiter unterdrücken zu können. An Maßnahmen für das Reich erwarten wir aus diesem Gesetz 10 bis 12 Millionen Mark.

Hg. Dr. Frank-Mannheim (Sog.):

Das gesteigerte Interesse an Sport zeigen die gesteigerten Einnahmen des Entzignisses des Lotteriegewinnes, die sich in der Zeit von 1906 bis 1913 verdreifacht haben, von 2 auf 6 Millionen Mark. Das hat nach dem Reichstagspräsident den ersten Anlaß gegeben, zu prüfen, ob nicht auch außerhalb der Hauptstädte die Gründe für den Reichstagspräsident zu finden sind (Geheul). Auch die Zahl der Bundestage ist sehr gestiegen, von 1000 bis auf heute 6000 gestiegen, und man behauptet, diese Zahl sei noch viel zu gering. Die Zahl der Petitionen, die mit ihnen überbracht werden, wird auf jährlich etwa 2 Millionen angegeben. Das beweist schon, daß die Bemerkung des Reichstagspräsidenten, daß die bestehenden Kreise beschränkt ist. Die Verlage hat nun einen finanziellen, einen sozialpolitischen, und vielleicht auch einen allgemeinen politischen, einen sozialpolitischen Zweck. Zu den finanzpolitischen Vorschriften werden wir unsere Stellung von den Ergebnissen der Kommissionsberatung abhängig machen. In Bezug auf die sozialpolitischen Seite hatten auch meine Freunde das größte Interesse an dem Reichstagspräsidenten, die in unermittelten Volksteilen für unerschrocken. Es ist keine Uebertreibung, wenn gesagt wird, daß in manchen Städten teilen kein Polizeibeamter, kein Zigarrenladen, keine Wirtschaft vorhanden ist, so nicht täglich Polizeibeamter abgeholt werden, und uns gegen Stagen von Schreibern vor, wonach die Männer der Arbeiterwelt beim Wirt lassen, der zugleich Wirtmeister ist. Solche Zustände wollen wir einräumen und beseitigen. Die Regierungsvorlage will nun anstelle des wilden Bundestages den konsequenteren sehen. Wir haben materiell eine Verringerung des Wertes der Bürgerlichen Gesellschaft für Leute, die sozialpolitischen Gedanken tragen, so schwer zu erreichen ist; für den Reichstagspräsident ist es heute nahezu unmöglich, für Arbeiterwelt steht die Sache schon heute (Geheul). Wir haben die Verringerung des Reichstagspräsidenten und sehen es jetzt bei den Liebhabern von Pferden. Die Regierung hofft eine Einschränkung der wilden Bundestage auf die Bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen. Die vorgeschlagene Verringerung der Bundestage ist etwas Neues in unserer Geschichte. Der Reichstagspräsident hat betont, daß die Verringerung der wilden Bundestage jetzt schwer ist, weil die Kunden bei den Bundestagen mitnehmen, das Delikt zu beheben. Wenn nur die Bundestage nicht bestraft werden sollen, wird sich die Schwierigkeit noch vergrößern (Geheul). Diese Strafbestimmungen sind nicht auf die Bundestage beschränkt, sondern auf die wilden Bundestage, die uns eine ungewöhnlich große Zahl neuer Strafbestimmungen bringen müßten.

Hg. Schönlank (Rp.) bemerkt sich, daß die sozialpolitischen Unterlage des Gesetzes. In der Begründung heißt es, es könne der Verringerung des Reichstagspräsidenten und der Verringerung der wilden Bundestage sein, wenn ein Strafgezet nicht an allgemeine Strafbestimmungen

und unter Mitwirkung selbst angelegener Volkskassen ungeachtet überboten werde, dadurch werde die Achtung vor Recht und Gesetz untergraben. Als ich das las, glaubte ich, die Begründung zu einem neuen Antidoteulgesez zu sein. (Seitensit.) Hoffentlich wird diese Begründung nützlich in eine derartige Vorlage übernommen, die uns demnächst gebracht wird, und die von größerer Bedeutung sein würde, als das Meinungsstück, die sich aber vielleicht mit denselben Sachen befassen würde. (Beifolles Sehr gut bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erbacher (3.): 1905 wurde das Budenarbeitergesetz bei Straze verboten, jetzt sollen lediglich privilegierte Tuchmacher geschaffen werden. — Immerhin sind wir bereit, dieses Gesetz noch in dieser Session zu verabschieden, wenn dasselbe mit der Besoldungsnovelle und dem Gesetz für die Altpensionäre geschieht. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Henning (1.): Der Wettbetrieb gehört ja nicht zu den erfreulichen Erscheinungen, aber mit Strafen ist ihm nicht beizukommen; das Gesetz zeigt einen gangbaren Weg, ihn in vernünftige Bahnen zu lenken.

Abg. Dr. Arenst (Rp.): Trotz der sehr erheblichen Bedenken gegen das Gesetz soll es erlobt werden, weil sonst auch die Besoldungsvorlage nicht erledigt werden soll.

Die Beratung schließt. Der Entwurf geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. — Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Stimmzettelklausel). — Schluß: 12 1/2 Uhr.

Parteinachrichten.

Die Hamburger Polizei gegen ein Meißelergesetz. Am Sonnabend vormittag wurden von der politischen Polizei in Hamburg in den Geschäftsräumen des „Hamburger Echo“ die noch vorhandenen Nummern des „Hamburger Echo“ vom 1. Mai beschlagnahmt. Inkriminiert ist nach Mitteilung der Polizeibeamten das an der Spitze des Hauptblattes stehende Gedicht „Wagt es nur!“ von Karl Petersen, und zwar wird darin ein Versehen gegen § 130 des Strafgesetzbuches gesehen.

Gerichtliches Nachspiel eines Wahlkampfes. Bei der im November vorigen Jahres stattgefundenen Landtagswahl in Stuttgart-Land spielte sich der nationalliberale Kandidat, Stadtpfarrer Baumgartner aus Stuttgart, als das Muster eines sozial verantwortlichen Politikers auf. Arbeitslosenversicherung, Steuerfreiheit für Einkommen bis 1200 Mark, Übernahme der Schullasten auf den Staat und andere Vorhaben verbrachte er den Wählern. Von unseren Genossen auf den unüberbrückbaren Widerstand, der zwischen dieser Wahlversprechung und dem nationalliberalen Programm bestesse, aufmerksam gemacht, erklärte er das Programm für ein einfaches Stück Papier. Die „Schwäbische Tagwacht“ veräumte nicht, diesen Politiker festzunehmen. Der Stadtpfarrer lief zum Kabi und das Schöffengericht zu Stuttgart berurteilte den verantwortlichen Redakteur Genossen Crippian zu 100 Mark Geldstrafe wegen Verleumdung.

Staatsanwaltschaftlicher Heberseifer. Während eines Holzarbeiterstreiks im Zwidauer Bereiche wurde von unserem dortigen Parteiblat das Verhalten eines Streikbrechers kritisiert und diesem zum Wortur gemacht, daß er sich von den Zockerkassen habe „raufen“ lassen. Die Staatsanwaltschaft nahm sich den Artikel vor, um dem verantwortlichen Redakteur einen Strich mit Hilfe des § 153 G.D. zu drehen. Als sie die Auslosigkeit ihres Beginmens einseh, veranlaßte sie den Fabrikanten, Strafantrag zu stellen und erhob dann im „öffentlichen Interesse“ Verleumdungsklage; der Arbeitswillige hatte die gleiche an ihn gerichtete Aufforderung ausdrücklich abgelehnt. Vor dem Schöffengericht Zwidau fiel die Staatsanwaltschaft mit ihrer Klage glatt ab. Ob-

wohl nun in dieser Sitzung der als Zeuge gefundene, angeklagte beleidigte Fabrikant unter Eid erklärte, daß er selbst in dem inkriminierten Artikel keine Verleumdung gegen sich gefunden habe und erst von der Staatsanwaltschaft über das Beleidigende in dem Artikel aufgeklärt und zur Stellung des Strafantrages aufgefordert worden sei — obwohl er selbst also gerichtet eine Verleumdung empfunden habe, legte der Staatsanwalt Berufung ein, um den sozialdemokratischen Nichtständer verurteilen zu lassen. Aber auch die Strafkammer hatte kein Verständnis für derlei Prozedurerei und verwarf die Berufung. Die Kosten muß der Staat bezahlen. Eigentlich sollten die Arrangure dieser Klage dafür in Anspruch genommen werden.

Gewerkschaftliches.

Das Haupttarifamt für das Baugewerbe tagt vom 5. bis 7. Mai in Berlin im Reichstagsgebäude. Seit der letzten Sitzung des Haupttarifamtes, die zu Anfang des Monats März stattfand, sind wiederum 71 Sachen an das Haupttarifamt gelangt, die erledigt werden sollen. Allerdings sind viele Sachen dabei, die in ihrer Art gleichlautend sind, und somit zusammengelegt und in einer Entscheidung abgetan werden können. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe wartet mit 32 Anträgen auf, die sich fast ausnahmslos gegen die Entscheidungen der zweiten Instanzen resp. der Tarifämter richten und zwar wegen Zurückweisung der verlangten Einführung der Affordarbeit, oder gegen die Festsetzung der Löhne für die Betonarbeiter und Einschüler. Die Zimmerer haben neun Anträge vorgelegt, von denen sich die Mehrzahl gegen die Entscheidungen auf Einführung der Affordarbeit richtet. Die Schriftlichen haben nur zwei Anträge und der Bauarbeiterverband hat sieben Anträge gestellt, von denen sich drei gegen Entscheidungen über die Einführung der Affordarbeit, zwei gegen Entscheidungen über die Unterfestigung der Arbeit nach Hoch- und Tiefarbeit und der danach bemessenen Lohnhöhe wenden. Je ein Antrag wendet sich gegen die Absicht der Aufdringung eines Tarifamtes außerhalb des Vertragsgebietes, resp. gegen die Weigerung eines Vertragsabschlusses durch die Unternehmer. Wie konsequent der Unternehmerverband bemüht ist, die allgemeine Einführung der Affordarbeit durchzuführen, kann man aus seinen diesmaligen Anträgen wieder ersehen. Arbeiten, die ganz außerhalb eines Vertragsgebietes gelegen haben, werden als Beweis für die Zulässigkeit der Affordarbeit angeführt. Aus vorgekommenen Arbeiten bei Erdbearbeitungsarbeiten, die im Afford ausgeführt worden sind, wird die Zulässigkeit der Affordarbeit an den Bauten gefolgert. Das ist doch ein Zeichen, daß es an treffenden Beweisen für das Verlangen der Unternehmer wirklich fehlt. So ergeht es dem Unternehmerverband auch mit der Begründung seiner Anträge. Denn er muß schon dazu übergehen, an einer Stelle etwas zu fordern, was an der anderen Stelle auf das Schärfste bekämpft wird. So haben die Unternehmer bisher es strikte abgelehnt, die einzelnen Kategorien in dem Vertrag aufzuführen, für die die Affordarbeit zulässig sein soll, wie z. B. für Fassadenputzer, Kanalarbeiter, Steinträger usw. Sie haben sich dabei auf eine Entscheidung des Haupttarifamtes berufen, die ihnen das Recht dazu gibt, schließlich zu fordern: „für Maurer oder Hilfsarbeiter“, wenn die engere Bezeichnung

der Kategorien in dem bisherigen Verträge nicht vorgenommen war. Die Unternehmer vertreten diesen Standpunkt auch heute noch, wie aus vorliegenden Anträgen ersichtlich ist. Sie können aber auch anders. Wo nämlich das Tarifamt die Einführung der Affordarbeit für unzulässig erklärt hat, wie in Hülba und Weddau, beantragen sie jetzt, die Affordarbeit für Maurer bei Bruchstein-, Ziegelmauerwerk und Mauerarbeit usw. für zulässig zu erklären und einen solchen Befehl in den Vertrag aufzunehmen.

Von besonderer Bedeutung sind noch die grundsätzlichen Anträge des Arbeitgeberbundes. In dem einen Falle verlangt er, daß für alle Vertragsabschlüsse, die mit der allgemeinen Bewegung im Jahre 1913 in gar keinem Zusammenhang stehen, neben dem Vertragsmuster auch die Schiedsrichterliche der Unparteilichen in Bezug auf die Lohnhöhe Anwendung finden sollen. In dem anderen Falle will er eine Klarstellung, ob auch für die im Tief- und Ingenieurbau beschäftigten Betonarbeiter der Schiedspruch vom 27. Mai v. J. zutrifft. Nach Ansicht des Unternehmerbundes soll das nicht der Fall sein, da man diesen Arbeitern ja wieder geringeren Lohn in die Hand drücken kann. Endlich richtet er sich auch mit einer Beschwerde gegen den Bauarbeiterverband wegen Verletzung eines Unternehmens mit einem Tarifbruch, die darin gefunden wird, daß eine Betonfirma, die den Arbeitgeberverband angehört und sich in einem Orte weigerte, den Vertrag anzuerkennen, wegen dieser Weigerung in einem anderen Ort mit Streif überzogen werden sollte. Wichtig ist dann noch die Inanspruchnahme des Haupttarifamtes durch die Arbeiterorganisationen zur Fertigstellung der Tarifverträge für das rheinisch-westfälische Vertragsgebiet, für eine Anzahl Orte in Thüringen, Bayern und Sachsen, wo die Fertigstellung bisher von den Unternehmern hintertrieben worden ist. Es kommen dabei insgesamt rund 500 Orte in Betracht, für die auf diesem Wege der Vertragsabschluß vollzogen werden muß.

Der Jahresabschluss des Metallarbeiter-Verbandes. Die größte deutsche Gewerkschaft, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der in den letzten Jahren sprunghaft angewachsen war, veröffentlicht seinen Jahresbericht für 1913 und muß zum ersten Mal eine schmerzliche Mitgliederabnahme feststellen. Der Verlust betrug 16 613, davon 14172 Männliche, rund 500 Weibliche und 2000 Jugendliche. Außer der Wirtschaftskrise sollen dazu nach der „Metallarbeiter-Zeitung“ die Kämpfe bei West in Stuttgart und auf den Seefischwerften beigetragen haben. Stuttgart und Hamburg haben dadurch 8742 Mitglieder verloren, zu denen ein Verlust von 3000 in Berlin kommt. Das neue Jahr muß diese Scharte nicht nur ausweihen, sondern endlich die 600 000 vollmachen. Sehr ernstlich ist der finanzielle Jahresabschluss. Obwohl die Arbeitslosenunterstützung verdoppelt wurde (auf 3,2 Millionen), die Krankeunterstützung von 3,4 auf 4,2 Millionen stieg, Postfälle, Sterbegeld und Straufunterstützung anderthalb Millionen mehr erforderten als im vorigen Jahre, ist das Verbandsvermögen um über zwei Millionen gesunken. Die Gesamtsumme des Verbandes betrug im letzten Jahre 194 Millionen, die Summe der ausgabenlosen Unterführungen über 14 Millionen. Das Vermögen des Metallarbeiterverbandes beträgt gegenwärtig 18 1/2 Millionen. Die beiden verfehlten Kämpfe haben über drei Millionen Mark gekostet. In Verbindung mit dem dadurch verursachten Mitgliederverlust macht diese Zahl die Arbeiterstärke eindring-

kleines Feuilleton.

Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig.

Mit einem Interesse, wie es wohl bisher bei ähnlichen Anlässen noch nicht dagewesen ist, sieht man in allen Kreisen der Eröffnung der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig entgegen, die am Mittwoch den 6. Mai, vormittags 12 Uhr, erfolgen wird. Nicht nur die Fachleute, die Künstler und Anhänger Gutenberg, nicht nur die Angehörigen des Druck- und Papstgewerbes, des Setzungs-, Buch- und Musikwesens, sondern auch die Gelehrten, Künstler, Schriftsteller und Pädagogen richten am 6. Mai ihre Gedanken nach Leipzig auf die Ausstellung. Was bisher über alle die ganze Anlage und über die gewaltigen Vorarbeiten durch die Zeitungen bekannt wurde, hat erkennen lassen, welchen Umfang diese Ausstellung angenommen hat und von welcher Bedeutung, dauerndem Wert sie für jeden sein wird, und jeder weiß, daß die höchsten Erwartungen diesmal nicht enttäuscht, sondern wahrscheinlich noch übertroffen werden.

Mit ganz besonderer Spannung erwartet man in Leipzig, dem Sitz des deutschen Buchgewerbes, die Eröffnung der Ausstellung. Alle Leipziger haben jetzt schon „ihre Bugra“, die sie als ihre eigene Ausstellung betrachten, ins Herz geschlossen, sie wissen, daß sie hier zum ersten Male eine wirkliche Weltausstellung haben werden, an der sich alle zivilisierten Nationen offiziell und durch Besuche aus der fernsten Heimat beteiligen, und selbst die Jugend nimmt Teil an dieser Freude über die Ausstellung und ist überaus genau über alle Einzelheiten unterrichtet. Die Vorbereitungen zur feierlichen Eröffnung sind in vollen Gange. Zu allen Straßen, namentlich in den großen Hauptgängen, werden die breiten Straße des 18. Oktober und der Reichenhainer Straße, wird das Auslämmen und Beflaggen der Häuser begonnen, neue Wege werden angelegt, die beiden Straßenbahnen haben ihre Linien verbessert und zum Teil neue Conduktlinien eingesetzt, und auch der Omnibusverkehr wird wesentlich verstärkt und durch neue Strecken ergänzt. Auf dem Ausstellungsgelände selbst sind seit Wochen Tausende von Händen rastlos tätig, um das große Werk zur Vollendung zu führen. Die Einräumungsarbeiten sind in vollem Gange, so daß, abgesehen von einzelnen wenigen Stellen, sich das Ganze fertig präsentieren wird.

Der Staatskommissar, Freihauptmann von Burgsdorf, wird die Ausstellung eröffnen. Bei der Eröffnung

findet ein kleiner interessanter und gewissermaßen symbolischer Akt statt: 1200 Briefchen werden auf der Straße des 18. Oktober ausgelassen, um die Nachricht von der Eröffnung der Buchgewerbausstellung in alle Welt zu tragen.

Eine besondere Feier veranstaltet die Sondergruppe „Die Frau im Buchgewerbe“. In der Sonderausstellung „Schule und Buchgewerbe“ findet ebenfalls eine Feier statt, die mit Gesang von Leipziger Schulkindern schließt.

Von 4 Uhr nachmittags an wird die Ausstellung für das Publikum geöffnet sein. Im Hauptkonzertsaal wird das ständige Ausstellungsgeschäft, die Dispen-Rappele, spielen, und zwar wird sie ihr Programm mit dem „Bugra-Festmarsch“, der dem Präsidenten Dr. Volkman gewidmet ist, einleiten. Außerdem finden in den übrigen Musikpavillons auf dem Gelände mittags und abends Doppelpoppele statt, die von der Leipziger Curtkapelle und der 18. Wachen ausgeführt werden. Am Abend wird das ganze Gelände, einschließlich der Straße der Nationen, festlich beleuchtet, ebenso findet die erste große Schloßbeleuchtung von „Alt-Heidelberg“ durch den Unternehmer der Heidelberg Schloßbeleuchtung statt. Die Internationale Buchgewerbe-Ausstellung wird somit ihren Eröffnungstag würdig begehen und sich dem Leipziger Publikum und den zum Eröffnungstage in großer Zahl von auswärtigen englischen Besuchern in feierlichem vornehmen Gewande zeigen, das ihrer Bedeutung entspricht.

Ein Schweizer Hezenproß vor 140 Jahren. „Im Jahre 1783, in einem deutsch redenden Staate, in einer freien Republik — ward noch ein Weibsbild, nach richterlichem Spruch und Urteil, als Heze getötet.“ So beginnt ein enträufelter Bericht in dem genealogischen Kalender vom Jahre 1789, der sehr interessant zu lesen ist. Er heißt so: „Ein neugebirtenes Kind in Clarus ward krank, und brach Stechnadeln aus. Mehrere Personen sahen diese Nadeln, aber nicht das Aussehen derselben selbst. Einer der wichtigsten Jengen sagte, sie seien trocken gewesen; er nennt dies unbedeutend, und das ist es freilich. Die Krankheit für eine tonnellische Erkrankung der inneren und äußeren Glieder angegeben; und doch ging, bei dieser Erkrankung, das Nadelnspitzen so glücklich vorwärts, daß auch nicht eine im Schilde stecken blieb. Dabei ward des Kindes Fuß geküßt; der Vater des Kindes, noch dazu ein Arzt, sagte: der Fuß sei so dürr gewesen, daß man ihn wie einen Zwirnsfaden hätte durch ein Nadelrohr ziehen können, und doch blieb dieser dürr Fuß stark und elastisch genug, daß das Kind, wie gewöhnlich erzählt ward, Sprünge bis an die Deck-

des (ohne Zweifel niedrigen) Zimmers tun konnte. — So lächlich ward die Sache erzählt; so wenig wurden die Umstände unterucht! Das Kind wachte von der Ursache seiner Erkrankung nichts angeden — wie kinder dies gewöhnlich nicht wissen — als: daß es einige Wochen vorher einen Honigkuchen von der Magd und einem Schloßer erhalten hatte. Der Vater — ein Doktor der Medizin! — schickte zu einem abergläubigen Viehzüger; und dieser gab, nach gründlicher und gelehrter Untersuchung der Leiche, den Bescheid: „In den Honigkuchen sei von bösen Leuten Stednadeln (!) eingemittelt worden; dieser sei im Magen des Kindes ausgebrütet, zur Reife geblieben, und so durch Erbrechen aus dieser ungewöhnlichen Nadelfabrik, wohl poliert und mit gehörigen Knöpfen versehen, zum Vorschein gekommen.“ Dies glaubte der hochgelehrte Vater (und warum sollte er nicht, da gelehrte Leute nochst an Goldfäden glauben?), dies glaubten die wohlmeinenden Mütter. Die Magd aber selbst schien es nicht zu glauben, und entfloß. Man ward ihrer wieder habhaft. Sie sollte des Kindes frummen Fuß wieder heilen. Nach verschiedenen Ausflüchten und vergeblichen Versuchen gelang dies endlich, achtzehn Tage nach angefangener Kur; wahrscheinlich nicht selbst. Weder Arzt noch Wundarzt war dabei: nur der einfaßtsolle Herr Doktor, der Vater des Kindes selbst. Diese Wunderkur gradierte die Magd noch mehr. Man brachte sie endlich zum völligen Glauben und Erkennen und Bekennen, indem man sie sechs-mal aufs Schärfste folterte. Sie bekannte, was man wollte. Der alte Schloßer entleibte sich im Gefängnis; und die Magd ward als Heze mit dem Schwert hingerichtet. — Großer Thomajus, dergleichen Überglauben herrscht noch nach deinen Zeiten und gebiert Unsin, Menschenqual und Mord!“

„Von der „Neuen Zeit“ ist neben das 5. Heft vom 2. Band des 32. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Gedächtnis. — Johannes Mangel über Marx und seine Anwendung von ihm. Von Eduard Bernstein. — Die politische Krise in Schweden. Von Wilhelm Jansson. — Sozialistische Arbeiterpartei in England. Von J. Caspary (London). — Der Kampf gegen die Gewerkschaften. Von Rechtsanwalt Dr. Hugo Strömmermann. — Matigen: Ueber die Entwicklung des Kinematographens. Von G. G. — Anzeigen: Karl Marx, Entballungen über den Kommunismus nach zu Köln. Festchrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des sozialdemokratischen Arbeitervereins für den sechsten Berliner Reichstagskongress. Feuilleton: Johann Christian Günther. Von Hermann Wendel. Literarische Rundschau: M. B. Pawlowitsch. Die großen Eisenbahn- und Seewege der Zukunft. R. Kemig, Probleme des Weltverkehrs. Von sp. J. W. Severac. Le Monument Symbolical. Von Georg Steloff. Otto Kreile, unter dem Joch. Von A. Seffen. — Zeitschriftenanzeigen. Von M. Rattner.

lich, sich nicht von ein paar radikalen Schreibern fortreiben zu lassen, sondern auf die vernünftigen Warnungen der Verbandsvorsitzende zu hören. Im allgemeinen zeigt die Jahresbilanz, daß der Metallarbeiterverband auf ungehörter fester Grundlage steht und durch keinen Sturm erschüttert werden wird.

Soziales und Volkswirtschaft.

Die Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Presse. Ein für die Presse und das Publikum gleich wichtiges Urteil fällt kürzlich das Oberlandesgericht **Naumburg** gegen einen wegen Verleumdung durch die Presse angeklagten bürgerlichen Redakteur eines halleschen Blattes. Der Redakteur hatte in einem längeren Artikel vor den schwindelhaften Manipulationen eines Klavierstimmers gewarnt, was ihm eine Anklage wegen tatsächlicher und formaler Verleumdung einbrachte. Das Landgericht in Halle erkannte jedoch auf Freisprechung und billigte dem Redakteur auch den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) in vollem Maße zu. Die gegen das freisprechende Urteil eingelegte Revision wurde vom Oberlandesgericht mit folgender Begründung verworfen: „Das geeignete Mittel zur Verbreitung der Warnung vor dem Privatkläger war die Zeitung. . . Es ist dem Angeklagten deshalb mit Recht der Schutz des § 193 zugeprochen worden. Er hatte als Redakteur wenigstens in dem Umfange wie jeder Privatmann die Befugnis, auch fremde Interessen wahrzunehmen. Denn es gehört zum Beruf der Presse, im Interesse ihrer Leser Mißstände aufzudecken und zu rügen und die Absonnerungen vor Vergängen und Sühnungen zu warnen. Derartige Verleumdungen berühren auch den Redakteur persönlich, sie müssen ihn berühren, wenn er seinen Beruf ernst nimmt. Der Angeklagte handelte nur in der richtigen Auffassung seines Berufes, wenn er der ihm von zuverlässiger Seite unter Uebernahme der vollen Verantwortung zugegangenen Artikel veröffentlichte, denn er konnte mit Recht annehmen, daß sich unter seinen Lesern zahlreiche Klavierbesitzer befinden würden, die durch das Treiben des Privatklägers gefährdet waren.“ — Leider sind wir — wenigstens so weit die sozialdemokratische Presse in Frage kommt — gegenwärtig noch sehr weit davon entfernt, daß die in dem Urteil ausgesprochene Auffassung von den Aufgaben der Tagespresse Gemeingut der preussisch-deutschen Justiz wird. Hat doch das Oberlandesgericht **Naumburg** selbst in einem Falle gegen das sozialdemokratische „**Hallesche Volksblatt**“ entschieden, daß ein allgemeines Recht der Tagespresse, vermeintliche Uebelstände öffentlich zu rügen, nicht bestehe. Wo bleibt da die besonders für die unparteiische Rechtssprechung notwendige Klarheit und Konsequenz?

Was der Kleinhandel den Konsumanten wünscht. Nichts ist widersprüchlicher als ein Kleinhandlungsgemüt. Scholz verhandelt der Kleinhandel seine wirtschaftliche Unentbehrlichkeit, um gleich darauf den organisierten Konsum, der gar keine Bedeutung im Wirtschaftsleben beanspruchen könne, in Grund und Boden zu vernichten. Eine Händlerzeitung erzählt: Die Klein- und Mittelbetriebe in Handel und Verkehr sind mit 99,7 Prozent an der deutschen Volkswirtschaft beteiligt. Es müßte lächerlich wirken, von einem Unter gange des Mittelstandes zu reden, obwohl kein ernsthafter Mensch je eine Behauptung in dieser Form aufstellte. Gleichzeitig plandert eine andere Händlerzeitung, die „**Kolonialwarenzeitung**“, aus, die Hamburger Detailisten seien den Eindringen gegen die Hamburger Konsumvereinsleiter, die aus dem eigenen Lager kamen, mit dem nützigen Worte begegnet: „Ja, wir wollen ja diese Geschäfte erdrücken!“ Die letztgenannte Händlerzeitung erzählt ihren Schütz- besorgenen dabei ganz gemüht, genutzt habe die Steuer den Händlern nichts. Im Gegenteil, der Konsumverein in Hamburg habe es verstanden, Vorkommungen zu treffen, die ihm das Eindringen in Kreise ermöglichen, die ihm bisher noch fernstünden. Einmal Himmelhochschauend und dann zu Tode betriß, so wendet der Kleinhandel ihn und her. Es bleibt aber doch ein hübsches Eingekindnis, die Hamburger Kleinhändler und sicher auch die meisten ihrer Kollegen die Konsumvereine erdrücken wollen. Es wäre den mit solchen schwarzen Plänen umgehenden Kleinhändlern nur zu empfehlen, aufzupassen, damit sie bei der Geschichte nicht selbst in die Zinte geraten. Zimmerlin hat das Einkindnis für die Konsumgenossenschaften den Wert, daß es wieder einmal Aufmerksamkeit dredigt, die bei den ständigen Treibern gegen die Konsumgenossenschaften nie nachlassen darf.

Aus dem Lande.

Strassammer.

Oldenburg, 2. Mai 1914.

Am 19. März d. J. entstand in der Bohlenischen Wirt- schaft in **Warel** ein solcher Tumult, daß die Polizei ge- zungen war, einzufreiten. Der 23jährige Dreher **Schüller** aus **Stin** sträubte sich gegen die Bestrafung seines Kollegen. Er versuchte dreimal hintereinander gewaltsam, einen Ver- hängten aus dem Gewächhaus des Schutzmanns Gante zu befreien und ließ nicht eher nach, bis Gante ihm drohte, wenn er ihn nochmals angreife werde er schießen. **Schüller** erhielt einen Monat Gefängnis.

Ein Maurer aus **Wittlingen** stand unter der An- lage, Profittürnen zur Wiedergabe seines Geldes unter Anwendung unerlaubten Zwanges veranlaßt zu haben. Ein Fall wurde als Diebstahl, drei Fälle wurden als Erpressun- gen und zwei als Erpressungsverläufe angesehen. Zwei Fälle, meinte das Gericht, lägen hart an der Grenze des Raubes. Das Urteil lautete in nicht öffentlicher Verhand- lung auf ein Jahr Gefängnis.

Die Witwe des Straßengesellen schickte die Ehefrau **Bruno** vor einer längeren Freiheitsstrafe. Die Anklage gegen den Ehemann **Bruno** lautete auf gewerbsmäßige Ver- fälschung seiner eigenen Ehefrau, die Anklage gegen die

auf Vergehens gegen § 3616 StrGB. (getwerbsmäßige Un- zucht). Das Gericht stellte fest, daß die energiereiche Ehe- frau ganz entzogen der hausfraulichen Zeit bei diesen unglücklichen Verhältnissen sei. **Krochdem** erhielt der Eho- mann eine viermonatige Gefängnisstrafe, während die Frau mit sechs Wochen Haft davonkam, weil das Gesetz keine här- tere Strafe zuläßt. Das Gericht bedauerte dies zwar, aber die Hauptschuldige mußte mit einer geringeren Strafe freikommen.

Schorrens. In der Versammlung des

Bürgervereins am Sonnabend im „**Grünen Wald**“ wurden, nachdem der gestrichliche Leibel erdicht, zunächst für die ankant gewordenen Vorstandsposen Herr **S. Wend** als Kassierer und Herr **S. Hinrichs** als 2. Vorsteher gewählt. Von der letzten Gemeinderatsitzung wurde u. a. berichtet: In Schultheuern sollen 100 Prozent nach der Einkommen- steuer und 50 Prozent nach der Gesamtsteuer erhoben werden. 100 Mark wurden für kränkelnde und hilflosbedürftige Kinder zur Verabsorgung von Milch in den Schulen bewilligt. Ein Gelehrter, der seine Feuerwehrr zur Anschaffung von Feuer- löschgeräten einen Zuschuß zu bewilligen, wurde zurück- geschickt bis zum 1. Juli 1915. An Tagelöhnern für den Ge- meinderat wurden 50 Pf. für Sitzungen, die länger als vier Stunden dauern, eine Mark bewilligt. Für die Armen- kommission sind pro Person 6 Mk. inkl. Fahrgehd bewilligt worden, um zwecks Neuerrichtung des Armenarbeitshauses sich in Mastede das Armenhaus anzusehen. Beschlossen wurde noch, die Anschaffung der Weegerung, pro Stück 3 Mk., und der Gemeinderatung neuerer Fassung, pro Stück 1 Mark, für die Mitglieder des Gemeinderats und für die Bezirksvorsteher anzufordern. Als Bezirksvorsteher für Heidmühle wurde konfirmiert **Walter Moulin**, als Armen- vater für Schorrens **Walter Jürgen Schön**, für Heidmühle **Landwirt W. Jochen** und als Armenvater für Koffbauern **Matrose R. Schöne** neugewählt. In die Armenkommission wurden die Gemeinderatsmitglieder **S. Hinrichs, Karl Neu- mann** und **W. Freyer** neugewählt. Als Bewächter für die Strafe **Widerräumen-Cleenerer Grenze** wurde **Ar- beiter Gerhard Willms** und für den Mühlweg wurde als Wächter **Arbeiter Soehns** gewählt. — Nachdem noch eine Debatte über den Gemeinderatsbericht stattgefunden und noch eine Ansprache über die Zuschüsse seitens des Bezirks in den Gemeinden mit auf der Werk beschäftigten Ein- wohnern erfolgt war und noch ausgedrückt wurde, daß in Zukunft eher eine Reduzierung der Gemeindefinanzen als eine Erhöhung zu erwarten sei, wurde der Punkt Stützungs- fest verhandelt. Das Fest findet am 14. Juni im Dorftringer Hof und nachmittags für die Kinder auf dem Schulplatz in Schorrens statt. Am 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr (Tag vor **Himmelfahrt**) wird die erste Kommissionsitzung im „**Dorf- tringer Hof**“ abgehalten.

Heidmühle. Der Heizer Wilhelm Tisch

am beim Tauschen beim Brunnenbau des fiska- lischen Wasserwerks in Feldhausen in Lebensgefahr. Tisch war damit beschäftigt, unter Benutzung eines Taucher- apparates einige auf etwa 22,50 Meter tiefen Brunnenbau angetroffene Steine aus dem Nohz zu entfernen und begab sich nach Prüfung des Apparates in den Brunnen. Sobald er unten angelangt war, gab er das verabredete Signal ab. Auf das weitere Signal von oben, ob alles wohl, blieb er wieder hochgezogen, jedoch war er bereits betäubt, ob- gleich das Tauschen nur von kurzer Dauer war. Nach dem Erscheinen des herbeigeholten Arztes Dr. med. **Gosjel** in Schorrens und den angestellten Wiederbelebungsversuchen wurde Tisch nach seiner Wohnung überführt. Soweit bekannt, soll Besserung eingetreten sein.

Oldenburg. In den Buschbeständen, die am

Huntenufer lagen und Eigentum der Firma **Robeling** und Kröger sind, entstand am Sonntag nachmittags gegen 1 Uhr Feuer, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff und die ganzen Lagerbestände zu vernichten drohte. Die sofort alarmierte Feuerwehrr, die mit einer Automobilspitze gleich zur Stelle war, konnte nicht des Feuers Herr werden. Es mußte die Dampfspitze der Eisenbahn in Anspruch genommen werden. Auch den vereinten Wehren gelang es nicht, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Man mußte sich an die Militärbehörde wenden, die gleich Hilfe leistete. Die zweite städtische Automobilspitze, die gegen 5 Uhr noch eintraf, brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da das Feuer auf seinen Herd beschränkt war. Der Schaden ist sehr be- trächtlich, ist jedoch durch Versicherung gedeckt. Man ver- mutet Brandstiftung. Einzelheiten über die Entstehungs- ursache konnten noch nicht ermittelt werden. Die Brand- stätte wurde im Laufe des Nachmittags von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge besucht und belagert.

Osternburg. Am Dienstag abend 8 1/2 Uhr

findet in der „**Lohnhalle**“ eine wichtige Versammlung der Ge- nossinnen statt, weshalb um zahlreichem Besuch gebeten wird.

— Für den Anbau von zwei Klassen an der

Schule zu **Driesakermoor**, dessen Zeichnung und Kostenanschlag der letzten Gemeinderatsitzung vorlagen, wurden 15 850 Mark bewilligt. Der Anbau soll so gefördert werden, daß die Klassen zum Herbst in Benutzung genom- men werden können. Auch soll die Wasserleitung so weit verlängert werden, daß die Schulen **Driesakermoor** und **Driesake B** Anschluß kriegen können. Für die katholische Schule an der **Stiftstraße** sind neue Abortanlagen vor- gesehen und da der Spielplatz als zu klein angesehen werden muß, ist dem Schulvorstand anbeimggegeben, bei der nächsten Gemeinderatsitzung zu beantragen, daß das alte Haus (früher **Wiskera**) Ecke **Stift** und **Wilhelmstraße** abzubauen und dieser Platz zum Spielplatz mit zu verwenden sei.

— Eine Schwiegerknecht für Osternburg

ist die Unterbringung der **Hilfschule**; diese hat ihr Domizil jetzt in der Fortbildungsschule. Da aber vom Mai ab die Schulstunden in der Fortbildungsschule verlegt werden müssen aus Anlaß der Aufnahme von mehr Schülern, so wird die Hilfschule wohl vorläufig in der einen noch freien Klasse der Knaben- und Mädchen- untergebracht werden. Doch

auch dieses kann nur ein Nothbehelf sein, später wird für diese Schule ein Neubau sicher erforderlich werden. In den Fortbildungsschulvorstand wurden die beiden aussehens- besten Herren **Aug. Westhoff** und **Carl Mohr** wieder- gewählt; leider ist kein einziger Arbeiter im Schul- vorstand vertreten. Es muß auch hier unsere Aufgabe sein, daß zum mindesten die Arbeiterchaft in dieser Institution mit vertreten ist, damit zeitzeitliche Einrichtungen, z. B. Verlegung der Schulzeiten in die Nachmittagsstunden und dergleichen mehr, zur Einführung gelangen.

— Seinem Leben durch Erhängen ein Ziel gesetzt hat ein **Arbeiter** an der **Bremer Schauffee**. Welche Motive ihn dazu veranlaßten, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Delmenhorst. Die Reichsherrnwahl läßt einzelne enttäuschte Gemüter noch nicht zur Ruhe kommen. In Nr. 102 des „**Delmenhorster Kreisblattes**“ lamentiert ein sich „**Viele Freunde des Herrn Menke**“ nennender Kritiker über „**Stimmen aus dem Volkerteil**“, daß die bösen Sozialdemo- kraten sich bei der Reichsherrnwahl mit Herrn **Menke** be- schäftigt haben, obwohl derselbe sich nicht verteidigen konnte. Der Einwender weiß offenbar nicht, daß es nicht immer mög- lich ist, die Person von der Sache zu trennen. Wenn ein Herr unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit in den Magistrat gewählt werden soll auf Veranlassung einiger Weniger, dann wird die Stadterhebung die Sachlage be- sprechen müssen, insbesondere auch die Person dabei unter die Lupe nehmen müssen. Die Wahl in den Stadtmagistrat darf doch nicht gewertet werden wie etwa die Aufnahme in einen **Stattklub** oder in die **Stammthurne**, wo lediglich die zahlungsfähige Moral entscheidet. Die Art der Behand- lung der Dinge liegt lediglich an jenen Herren, die sich scheuten, die ganze Angelegenheit die interessierte **Delmen- horster Bürgerchaft** wissen zu lassen. Nichts wäre uns an- genehmer gewesen, als Herrn **Menke** Gelegenheit zu geben, sich in einer Bürgerversammlung der ihm treffenden Kritik zu erwehren. Der „**Viele Freunde des Herrn Menke**“ muß seine bewegte Klage schon an eine andere, ihm näher liegende Adresse richten. Im übrigen sind wir mit dem Artikel- schreiber darin einig, daß die Sache erledigt ist; ja für uns ist auch noch Herr **Menke** erledigt.

Emden. Der Magistrat hat eine „Vereinfachung“

der Bürgerwortschermahlen beschlossen. Da- nach sollen die Namen der Bürger bei der Wahl nicht mehr veröffentlicht, sondern nur öffentlich ausgesetzt werden. Eine persönliche Aufforderung an die Wähler soll ebenfalls in Wegfall kommen. In der letzten Bürgerwortschermahlung, wo diese Angelegenheit zur Verhandlung stand, wurde die Mei- nung vertreten, es sei besser, die bestehenden Verhältnisse be- zubehalten. Durch die Vereinfachung würde das geringe Interesse für die Wahlen noch verringert und die Bewilli- gung noch schwächer werden. — Das war jedenfalls ein rich- tiger Standpunkt. Wenn man auf diesem Gebiete reformieren will, so braucht man das nicht gerade nach rückwärts zu tun. Die große Waffe der Stadteinwohner hat an der Leitung der Stadtschiffe feinerer Anteil. Sorge der Ma- gistrat lobt an seinem Teil ist einmal dafür, daß auch die gesamte Einwohnerchaft Einfluß im Stadtparlament erhält. Das wäre eine zeitgemäße Reform.

— Ein Kunstgewerbliches Schaustück

ist für kurze Zeit in dem Geschäft der Firma **Geinr. de Werth** an der **Neuhorstrasse** ausgestellt. Es handelt sich um eine von den Herren **B. Dost** und **F. Dieß** von hier angefertigte **Büchertruhe**, welche massiv aus **Eichenholz** gearbeitet und mit reichen Profellierungen versehen ist. Die Tischarbeit paßt sich auf das vorzüglichste den künstlerisch ausgeführten Schnitzereien an und sind aus **Birnbaumholz** gearbeitet; sie stellen Motive aus der **Nibelungen** dar. Zur Erhöhung der Reliefwirkung sind dieselben abgetönt. Die obere große Mittelfüllung, welche von **Bücherrücken** flankiert wird, ist in ihrer Darstellung (**Siegfrieds Tod**) — besonders des gut gelungenen Hintergrundes wegen — erwähnenswert und zeigt von gutem Können und ausdauerndem Willen. Auch die unteren Füllungen, welche in ihren **Schnitzfiguren** **Hagen, Volker** und **Danwart** darstellen, behandeln ferner die Ver- weigerung des **Grubes** von **Hagen** und **Volker** vor **Kriem- hild**, während in der dritten Füllung die **Gefangennahme** **Hagens** durch **Diechrich** von **Bern** geschildert wird. Wie ge- sagt ist das Ganze von sehr vorteilhaftem Eindruck und macht seinen Erschaffern alle Ehre, deren Arbeiten auch auf der im vorigen Jahre in **Wittmund** stattgefundenen Ausstellung mit einem **Ehrenpreise** und der **goldenen Medaille** aus- gezeichnet wurden. Die beiden Meister beschäftigen auch die in diesem Jahre in **Winden** in **Westfalen** stattfindende Ausstellung zu beschicken und bereiten eine größere Arbeit vor, auf welche wir später noch zu sprechen kommen werden.

— Eine traurige Nachricht

traf Freitag morgen hier aus **Batabio** ein. Es ist dort der in **Holland** geborene, hier anässige **R. v. de Wol**, welcher eine zahlreiche Familie hinterläßt, am gelben Fieber plötzlich verstorben. Er war zuletzt als **Bäcker** am dem **Dampfer „Kloster“** (der dem **Rotterdammer Nohz** gehört), beschäftigt und weilte schon über ein Jahr in **Indien**.

Leer. In der letzten Wahlvereinsversamm-

lung am 1. Mai hielt der **Genosse Geyer** einen Vortrag über „**Maigedanken**“, welcher beifällig aufgenommen wurde. Hieran anschließend wurden die **Neuwahlen** vorgenommen. Es wurden gewählt: als 1. Vorsteher **Rudolf Geyer**, als 2. Vorsteher **Franz Nina Hüter**, welche gleichzeitig Ver- trauensperson der Genossinnen ist, als Schriftführer **F. Louand** und als Kassierer **S. Busch**. Als Bezirksführer wurden sämtliche Genossen wiedergewählt, ebenso die Kom- missionen. Als Delegierter zum **Bezirksparteitag** wurde der **Genosse Geyer** gewählt. In letzter Zeit ist es in er- freulicher Weise auch hierorts vorwärts gegangen. Wenn alle Genossinnen und Genossen wieder auch fernwehri- bestehen, dann werden wir unter den **Artsvereinen** des **Bezirks** auch bald die gebührende Stärke aufzuweisen können.

Aus aller Welt.

Ein Brinz mit Krankenkassenpraxis. Prinz Ludwig Ferdinand von Bayern, der nach Vollendung seiner ärztlichen Studien in München eine ausgedehnte Praxis ausübt, hat sich jetzt auch in die Rufe der *Arzte* einzutreten lassen, so daß ihn bei der freien Arztwahl Krankenkassenmitglieder konstituieren können. Bekanntlich hat schon ein anderes Mitglied des mittelfränkischen Fürstenhauses als Arzt gewirkt, der vor einiger Zeit verstorbene Herzog Karl Theodor, der sich auf dem Gebiete der Augenheilkunde einen geachteten Namen erworben hatte und auch manchem Unbemittelten unentgeltlich seine Hilfe angedeihen ließ. In süddeutschen Fürstenfamilien macht sich augenscheinlich eine „Entartung“ bemerkbar. Obte doch auch eine würtembergische Fürstentochter, die aber gestorbene Herzogin Pauline, unter Verzicht auf ihre angeborenen Titel und Würden, einen einfachen Arzt, den Medizinalrat Dr. William, geheiratet und nicht nur ihrem Manne in seinem Berufe getreulich zur Seite gestanden, sondern sich politisch sogar sehr weit nach links gefunden. Die richtigen „Instrumente des Himmels“ geüben siehntar nur in der Umgebung der erst russischen und borsurischen Wurz. In diesem Milieu verdammt man eine bürgerliche Tätigkeit noch genau so, wie vor fünf hundert und mehr Jahren. Da verreibt man sich die Zeit noch ausschließlich mit Meiten, Schießen und Jagen aller Art. Nur sollen die Brinzigen einer alten Tradition gemäß noch ein Sommerwerk erlernen. Aber, wenn Uebung die Meister macht, dürfen sie im Centrifugale häufig arbeitslos sein und vor ziemlich leeren Kompottschüsseln sitzen.

Der Lehrer als Revolverheld und Messerstecher. In der Nacht zum Sonnabend geriet der ungefähr 20 Jahre alte Unterlehrer Kitzler aus Redersdorf in Württemberg in einer Wirtschaft in Schwieghausen in Württemberg in Streit, in dessen Verlauf der Unterlehrer auf seinen Vorgesetzten einige Revolvergeschosse abgab, die aber nicht trafen. In der Wohnung des Oberlehrers in Jagstzell legte sich der Wortwechsel fort, wobei Kitzler nach dem Messer griff und dem Oberlehrer fünfzig Stiche in den Bauch und in die Seite und einen Stich in den linken Unterarm beibrachte, der die Schlagader durchschneidet. Kitzler brach blutüberströmt zusammen. Durch um 2 Uhr nachts herbeigerufenen Arzt stellte fest, daß Kitzler kaum mit dem Leben davonkommen wird. Der Täter ist in der Nüchternheit auf Schwieghausen geflüchtet und konnte noch nicht ermittelt werden. Kitzler stand vor der Pensionierung.

Tragödie im Irenenhaus. Ein entsetzlicher Vorgang hat sich im Irenenhaus von Alicante in Spanien ereignet. Dort waren zwei Koboldische in einer Zelle untergebracht worden, von denen der eine in die Zwangsjacke gefesselt werden mußte. Während die Wärter auf kurze Zeit sich aus der Zelle entfernten, warf sich der zweite Koboldische auf den weichen am Boden liegenden Leidensgenossen. Durch die jämmerlichen Schreie aufmerksam gemacht, sieten die Wärter herbei. Sie fanden den Unglücklichen blutüberströmt am Boden liegen. Der zweite Koboldische hatte mit einem kleinen Messer, das er sich auf unerklärliche Weise beschafft hatte, seinem Velleninsassen die Augen ausgestopfen und die Zunge aus dem Galle gerissen. Das blutige Messer hielt er noch in der Hand; er konnte nur mit Mühe überwältigt werden.

Ein verkeideter Dampfer vor Fehmar. Aus Kiel wird dem „A. L.“ berichtet: Vor der Insel Fehmar war in den letzten Tagen ein Dampfer beobachtet worden, der dort ansehend ohne besonderen Grund lag. Da in Fehmar der Verdacht aufkam, es könne sich um einen Dampfer handeln, der dort Spionage treibe, benachrichtigte man die Marinebeförden in Kiel. Diese entsandten sogleich zwei Torpedoboote. Die Offiziere und Mannschaften begaben sich an Bord des Schiffes. Es stellte sich heraus, daß der Dampfer am Heck einen holländischen und am Bug einen russischen Namen führte. Beide waren mit Farbe überstrichen. Der Kapitän gab an, er habe feinerlei Papiere. Die Offiziere durchsuchten darauf das Schiff, und es stellte sich heraus, daß es sich um den nordwestlichen Dampfer „Samit“ handelt, der kürzlich mit Waffen und Munition nach Uster abgegangen war. Das Schiff war im Stagen in die

Offsee zurückgeführt und vor der Insel Fehmar wieder ins Land gesetzt worden.

Eine Eisberg-Katastrophe in Grönland. Eine der längsten und an Abenteuer reichsten Reisen, die durch Grönlands Schneewelten unternommen wurden, ist vor Kurzem von dem dänischen Hauptmann Z. P. Koch und Dr. Alfred Wegener glücklich vollendet worden. In einem Aufsatze der Umlaufzeitung Dr. Wegener, der sich als Meteorologe bei der nur aus vier Personen bestehenden Expedition befand, einzelne Episoden dieses fähnen und wissenschaftlich sehr ergebnisreichen Unternehmens und läßt uns auch teilnehmen an einer gewaltigen Eisberg-Katastrophe, die um ein Haar die ganze Expedition mit Mann und Maus für immer unter Eis und Schnee begraben hätte. Die Reisenden, die isländische Pferde an Stelle von Hunden als Zugtiere benutzten, waren mit Schlitten von „Kap Stop“ über den inneren Fjordarm, den „Borgfjord“, bis zu dem Inselsee überbringen, das hier eine Steilwand von 40 Meter Höhe weit ins Meer hinausragt. Bei dem Aufstieg über diese Steilwand verließ eine schludrartige Senkung einen eingemachten wasserfesten Weg, und so lagerten sich denn die Reisenden mit ihren Pferden und ihrem ganzen Gepäck etwa 300 Meter vom Meeresufer entfernt. Man wollte einige Spalten überbrücken und dadurch den Weg fahrbar machen. Bald zeigte sich aber, daß man an eine höchst gefährliche Stelle gekommen war; immer neue Spalten bildeten sich, der Gletscher war in einer gewaltigen Urstufe und es war klar, daß er „fallen“, d. h. einen oder mehrere Eisberge abstoßen würde. Man arbeitete mühselig an den Brüden, die doch dann wieder zerstört wurden, bis eines Nachts eine furchtbare Katastrophe eintrat. Ein schreckliches Schreien weckte die Schläfer, und man sah die Eismauer an der einen Talsteile zusammenstürzen und in der Tiefe versinken. Zugleich verschwand plötzlich die Aussicht auf den Fjord auf eine ganz unbegreifliche Weise: quer über das Tal wälzte sich ein großer, dunkler, spitzer Klotz und blieb 30 Zentimeter vor dem Zelt stehen. Mit seinen überhängenden Wänden rogte er drohend und gigantisch in den kalten Nachthimmel empor. Der Boden schwanke, das Zelt neigte sich. Während die anderen von diesem Schreden gepackt nur notdürftig geflüchtet bei 16 Grad Kälte herausstürzten, konnte Wegener, der durch einen Unfall im Gehen behindert war, erst später ins Freie kommen. „Der fohle Mondstein beleuchtete das grobartige Naturkathedral“, erzählt er. „Die Seitenwände unseres Lales waren dicht neben dem Zelt verschwunden. Wir druckten in Meere tauchte eine Eismauer auf, unter Föhnen und höher in den glühenden Mondstein empor.“ Als sich das grauliche Spiel der Naturkräfte wieder beruhigt hatte, zeigte es sich, daß bei dieser nächtlichen Katastrophe 17 Eisberge entstanden waren; sie hatten sich im Wasser herumgewälzt und zum Teil ihre Unterseite nach oben gefehrt. Von dem 300 Meter breiten Streifen, der das Lager vom Fjord getrennt hatte, waren etwa 250 Meter in das Meer geföhrt. Nur 3 Meter vom Zelt entfernt waren gewaltige Eisblöcke herabgestürzt, aber wie durch ein Wunder war alles unbeschädigt geblieben. Je deutlicher die Reisenden am folgenden Morgen die Vorgänge dieser Schreckenstnacht feststellen konnten, desto unbegreiflicher erschien es ihnen, daß der Tod um Haarsbreite an ihnen vorbeigegangen.

Meine Tagesgenit. Ihren Geliebten und sich selbst erschossen hat die 40 Jahre alte Witwe Marie Kessel aus der Glanzstraße 2 zu Baumhuldenweg bei Berlin. Frau Kessel hatte dort eine Wohnung von zwei Stuben und Küche im zweiten Stof. Mit ihr zog der 30 Jahre alte Zahnarzt Eber ein. Sie meldete ihn als Zimmermieter an, er war aber ihr Geliebter. Das Paar vertrat sich nur wenig. Sehr oft gab es heftige und lärmende Auftritte. In den letzten Tagen wurden diese so häufig, daß die Hausgenossen schon daran gewöhnt waren. Der frühere Deputierter des Breslauer fählichen Bauvereins, Magistratsrat Schindler, aus Breslau ist unter Hinterlassung einer beträchtlichen Schuldenlast seit gestern verschwunden. — Einem Telegramm aus Wittenburg a. M. zufolge ist in der Nacht zum Sonnabend in Vellahn die Nichtigste Wärdere vollständig niedergebrannt. Die beiden Lehlinge und ein Mädchen sind in den Flammen umgekommen. — Ein Kaufmannslehrling in Neumünster hatte vor einiger Zeit dem Direktor der dortigen obligatorischen gewerblichen Fortbildungsschule, nachdem er von diesem einen Schlag erhalten, während der Unterrichtszeit eine Dose Freige verabschiedet. Der junge Mann, der sich jetzt diebstahl vor dem Schöffengericht zu verantworten hatte, wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt. — Ein bedauerlicher Unfall hat sich in Laudenbach

(Hessen) zugetragen. Dort überfuhr ein Frankfurter Automobil zwei Schulmädchen im Alter von sieben und neun Jahren. Das ältere Kind war sofort tot, während das zweite auf dem Transport zum Krankenhaus starb. Wer die Schuld an dem Verfall trifft, ist noch nicht aufgeklärt. — Das Schwurgericht Nugsburg beurteilte den Buchhändler Rumpf wegen Ermordung der 20jährigen Gisela Schwarz aus Verdacht gemäß dem Antrage des Staatsanwalts zum Tode. — Der Dresdener Beamten-Par- und Darlehnsverein hat durch Verantragungen und Unregelmäßigkeiten eine Million Mark verloren. Die Mitglieder des Vereins haben auf 30 Prozent von ihren Spareinlagen verzichtet, um den besagten Konkurs zu vermeiden. — In der 9. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 27 in Salsburg ist ein postwendlicher Fall vorgekommen. Die nötigen Maßnahmen sind getroffen worden. — Aus Usterburg (englische Küste) wird gemeldet, daß gestern ein mit sieben Küstenwächern besetztes Boot infolge des hohen Seeganges umschlug. Vier Mann ertranken, drei konnten sich schwimmend an das Ufer retten, wo aber auch noch einer von ihnen an den Folgen der großen Anstrengungen starb.

Vermischtes.

Erfolge der Schwedischen Rentianer. In den Notarstellen im Stenographischen Bureau des Schwedischen Reichstages waren zu Beginn der vorjährigen Reichstagsession mehrere Vakaturen, welche bis auf eine durch Ranglisten besetzt wurden, die schon früher die Stenographenprüfung abgelegt hatten. Um die Vakatur konkurrierten 10 Stenographen, 3 Rentianer und 7 Melnare. Die beste Probe lieferte der Rentianer Paul Sterne, der zum Reichstagsnotar angenommen wurde. Für die Stenographische Protokollführung im Schwedischen Reichstage sind nun als diensttuende Stenographen, Notare und Ranglisten, welche nach Stenographischer Prüfung angestellt sind) tätig: 26 Rentianer, 9 Melnare, 8 Gabelbergerianer und einer mit eigenem System. Beim Wettbewerb um den Nobelpreis im Stenographen-Institut in Stockholm wurde von 260 bis 300 Silben pro Minute geschrieben, Der Preis wurde von stud. jur. Paul Sterne erobert.

Quittung.

Für den Ferienwanderfonds der Kinder gingen bei der Unterzinsierten ein: 13.60 Mk., gesammelt auf dem Weisfischball am 1. Mai bei Schröder in Nordbanham. Nordbanham. Frau Ilse Wübbenhorst.

Veranstaltungs-Kalender.

- Dienstag, den 5. Mai. Rüstingen-Wilhelmschaven. Daßbedererband. Abends 8 Uhr bei E. Schneider, Müstschichtstr. Verband der Brauereiarbeiter. Abends 8 Uhr im Tiroll. Verband der Steinleger. Abends 8 1/2 Uhr im Jadenbun.
- Oldenburg. Zentral-Bibliothek. Geöffnet: Sonntags vormittags 11—12 Uhr Dienstags abends 6—7 Uhr, Mittwochs abends 8—9 Uhr Donnerstags abends 6—7 Uhr.
- Varel. Die Zentral-Bibliothek im „Hof von Oldenburg“ ist geöffnet Dienstag und Freitags von 8 bis 9 Uhr abends. Mittwoch, den 6. Mai. Brake. Bauarbeiter-Verband. Abends 8 Uhr im Sutjabiner Hof. Holzarbeiter-Verband. Abends 8 1/2 Uhr in der Zentallhalle.

Schiffahrts-Nachrichten.

- Bon 2. Mai. Telegramme des Norddeutschen Lloyd. Postd. Barbarossa, nach Baltimore, gestern Dover passiert. Postd. König Albert, nach Neumorf, gestern ab Neapel. Postd. Königin Luise, nach Baltimore, gestern Philadelphia an. Postd. Prinz Eitel Friedr., von Ostien, gestern ab Uster. Postd. Prinz. Kuitbold, nach Alexandrien, gestern ab Neapel. Postd. Schlegel, 1. Mittelmeerfahrt, vorgestern ab Palermo. Postd. Schwaben, nach Australien, heute ab Melbourne.

Schwasser.

Dienstag, 5. Mai: vormittags 8.25, nachmittags 8.55

Oldenburg. Partei-An-, Ab- und Um Mitgliedsbüchern, Bestellungen auf die Parteizeitung werden Sonntags von 11—12 Uhr vormittags und Donnerstags von 7—8 Uhr abends im Lesezimmer des Gewerkschaftshauses erledigt.

Buchdruckerei
Paul Hug & Co.
Rüstingen, Peterstrasse 20-22.
Fernsprech-Anschluss No. 58, Amt Wilhelmshav.

Briefbogen und Kuverts
Rechnungsformulare
Quittungsformulare
Wechselformulare
Geschäftskarten
Postkarten
Mitteilungen
Zirkulare
Plakate in modernster Ausführung.

Vereinsdruckarbeiten
Visitenkarten
Verlobungskarten
Hochzeitskarten
Einladungskarten
Glückwunschkarten
Trauerkarten
Trauerbriefe
Miets- u. Lehrverträge
An- u. Abmeldescheine

Verlag des Norddeutschen Volksblatts.
Annoncen-Annahme für alle Zeitungen.